

**NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE
ZUR ÖKOSOZIALEN FINANZREFORM**

**FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.
GREEN BUDGET GERMANY**

Brienner Str. 44 80333 München <http://www.foes-ev.de>
Fon 089-520113-13 Fax 089-520113-14 foes@foes-ev.de

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.
und mit finanzieller Förderung von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt.*

Da die Förderung nur einen Teil der Kosten abdeckt, sind wir auf Spenden unserer
Leser dringend angewiesen (Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000,
IBAN DE87430609678043713000).

*Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung
privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

ISSN 1611-4035

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL	1
2.	ÖFR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND	3
3.	ÖFR-DISKUSSION INTERNATIONAL	10
4.	AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER	11
5.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN DEUTSCHLAND	14
6.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN INTERNATIONAL.....	19
7.	BUCHVORSTELLUNG	23
8.	BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER.....	24
9.	JOBS.....	26
10.	LINKS UND PUBLIKATIONEN.....	28
11.	VERANSTALTUNGEN.....	30
12.	FÖS: IN EIGENER SACHE	33

1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

Liebe Freunde der ÖkosteuER und Leser des ÖSN,

Vielleicht haben Sie sich schon gewundert, dass noch keine Einladung zu unserer diesjährigen Mit-

gliederversammlung im Newsletter veröffentlicht wurde. Das hat einen sehr erfreulichen Grund: gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung planen wir eine Konferenz, zu der wir Sie schon jetzt herzlich

einladen. Um Beiräten, Mitgliedern und Interessenten die Möglichkeit zu geben, an beiden Veranstaltungen zusammen teilzunehmen, haben wir die Mitgliederversammlung in den Juni verschoben.

Freitag, 25. Juni, 10⁰⁰ - 17³⁰, Deutsch-britische Konferenz:

ECOTAXES IN GERMANY AND THE UNITED KINGDOM – A BUSINESS VIEW

(ÖKOSTEUER IN DEUTSCHLAND UND GROSSBRITANIEN AUS SICHT DER WIRTSCHAFT)

Samstag, 26. Juni 2004, von 11 bis 15 Uhr:

MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2004

Sowohl die Konferenz als auch die Mitgliederversammlung können wir in den Räumen der Heinrich Böll Stiftung durchführen. Genaue Informationen erhalten Sie noch rechtzeitig.

An dieser Stelle möchten wir Sie außerdem auf die Weltökosteuer-Konferenz in Pavia / Italien im September hinweisen. Weitere Informationen zu allen Veranstaltungen finden Sie in Rubrik 11.

Nun wünschen wir Ihnen viel Spaß bei der Lektüre

– diesmal geht es um die Verhandlung zur ÖSR vor dem Bundesverfassungsgericht, Subventionsabbau, die Umweltbilanz der verschiedenen Verkehrsmittel, die Londoner Maut und vieles mehr.

Ihr FÖS-Team

Liebe Rechts-Interessierte an der Ökologischen Steuerreform,

was früher nur theoretisch interessierte, ist seit kurzem Gegenstand von realen Auseinandersetzungen: Steht die Ökologische Steuerreform im Einklang mit dem Grundgesetz? Am 2. Dezember 2003 waren Vertreter der Bundesregierung und von zwei Klägerparteien, der Kühlhäuser und der Spediteure, zum Bundesverfassungsgericht eingeladen, um dieses vom höchsten deutschen Gericht in einer mündlichen Verhandlung überprüfen zu lassen.

Was - aus Sicht der ÖS/FR-Befürworter - bedrohlich klingen mag, ist jedoch nur halb so gravierend. Zum einen hat das Gericht bereits im Jahr 2000 ungefähr ein Dutzend Klagen erhalten, von denen es jetzt aber offenbar nur zwei für wert hält, näher erörtert zu werden. Zudem geht es den o.g. Klägern gar nicht im Grundsatz um die Ökologische Steuerreform. Sondern es geht primär um die Frage, ob die beiden Klägerinnen nicht auch Anspruch auf die auf ermäßigten Sätze haben, die das Produzierende Gewerbe in Anspruch nehmen kann. Eine grundlegende Bedrohung der Ökosteuer geht also nicht von den Klägerinnen aus. Dazu hat

auch die in der öffentlichen Sitzung relativ schwache Beweisführung in Hinblick auf die unmittelbare und direkte Betroffenheit der Klägerinnen beigetra-

gen. Wenig Zahlen wurden vorgelegt, dafür wurden um so mehr allgemeine Argumentationen im Rahmen des Klagens über die Ökosteuer vorgebracht. Schon im Vorfeld der Verhandlung wollten die Spediteure über einen Eilantrag die Bundesregierung dazu zwingen, dass sie der EU-Energiesteuer-Richtlinie, die letztlich doch am 27.10.2003 verabschiedet wurde, nicht zustimmt. Diesen Eilantrag hat das hohe Gericht abgelehnt.

Vielmehr geht es im jetzigen Verfahren im Kern um die durchaus kritisch zu diskutierende Frage, ob es eine bessere Abgrenzung der begünstigten Wirtschaftsteile gibt als die derzeitige, die aber auch administrativ handhabbar sein muss. Entgegen deutlich höheren Anfangsschätzungen erweist sich die jetzige Regelung für die öffentliche Hand als äußerst kosteneffizient: Nur 0,13% des Aufkommens müssen für die öffentliche Verwaltung verwendet werden. Der Aufwand wird von fast keiner anderen Steuerart unterboten. Die Wissenschaft hat zudem gezeigt, dass es keinen Königsweg bei den Sonderregelungen gibt. Jede hat Vor- und Nachteile. Insofern ist zum Beispiel das Ende 2000 in Frankreich vom dortigen Verfassungsgericht ergangene Urteil nur schwer nachvollziehbar: Die

dort seinerzeit schon kurz bevorstehende Umsetzung der Ökosteuer dürfe nicht durchgeführt werden, weil ihre Sonderregelungen Teile der Wirtschaft diskriminieren würden. Alternativen gibt es verschiedene, die aber mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch zu Klagen geführt hätten. Die Abgrenzungsproblematik besteht immer und wird auch nicht dadurch gelöst, dass man den Kreis der Begünstigten weiter zieht. Dem hohen Gericht ist die Weisheit zu wünschen, dass es sich diese wissenschaftliche und auch durch zahlreiche Länderbeispiele belegte Weisheit bei seiner Urteilsprechung zu eigen macht. Vielleicht macht es sogar noch darüber hinaus - im Hinblick auf die 2005 anstehende Einführung des Emissionshandels in Deutschland und der Europäischen Union - zur Auflage, dass beide Instrumente möglichst konsistent aufeinander abzustimmen seien. Näheres zu

der Verhandlung können Sie in dieser Ausgabe der ÖkoSteuerNews in Artikelform lesen.

Die Urteilsverkündung wird übrigens im ersten Halbjahr 2004 erwartet. Egal wie das Urteil ausfällt, das hohe Gericht scheint ein Gespür für gutes Timing zu haben. Schließlich muss doch laut Koalitionsvereinbarung in 2004 die Überprüfung stattfinden, ob und ggf. wie die ÖSR weiterentwickelt wird. Da wird ein Urteil von höchster Stelle in jedem Fall ein wichtiger Orientierungspunkt sein. Wie lautet doch der Spruch? Auf hoher See und vor Gericht ist man in Gottes Hand. Ob Sie, verehrte Leserschaft, den Champagner schon einmal kalt stellen wollen, weiß ich nicht. Aber als Optimist werde ich dies jetzt gleich machen.

Ihr Kai Schlegelmilch

2. ÖFR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND

Spediteure wollen Ökosteuer light

[taz 03.12.2003, von Christian Rath] Die deutschen Spediteure wollen eine Sonderregelung bei der Ökosteuer, sonst seien sie international nicht mehr konkurrenzfähig. Fünf Fuhrunternehmen haben deshalb das Bundesverfassungsgericht angerufen, das am 2. Dezember über ihre Klagen verhandelte. "Energie soll teurer und Arbeit billiger werden". Das ist das Grundprinzip der unter Rot-Grün eingeführten ökologischen Steuerreform. Die Ökosteuer soll Anreize zum Energiesparen, aber auch zu Innovationen wie dem Drei-Liter-Auto geben. Das Aufkommen in Höhe von derzeit rund 18 Milliarden Euro jährlich fließt fast vollständig in die Rentenversicherung. "Ohne Ökosteuer läge der Beitragssatz von 19,5 Prozent heute 1,7 Prozent höher", betonte Staatssekretärin Barbara Hendricks (SPD) aus dem Finanzministerium. Die Mineralölsteuer wurde seit 1999 jährlich um drei Cent erhöht. Außerdem wurde im selben Jahr eine Stromsteuer mit zwei Pfennig pro Kilowattstunde (kWh) eingeführt und seitdem jährlich um 0,26 Cent erhöht. Doch von vornherein gab es Ausnahmen für das produzierende Gewerbe. Hinter dieser Sonderregelung steht die Befürchtung, die Industrie wandere sonst wegen der

Ökosteuer ins Ausland ab. Die Stromsteuer reduzierte sich für die Industrie daher auf einen Bruchteil, ebenso der Ökosteueranteil am Benzinpreis. Die gleichen Steuervorteile wollen nun auch die Spediteure haben. "Auch hier herrscht ein harter internationaler Wettbewerb", betonte ihr Rechtsvertreter Wolfgang Schön. "Der deutsche Marktanteil am grenzüberschreitenden Verkehr ist zuletzt von 37 auf 23 Prozent gesunken - nicht zuletzt wegen der Ökosteuer." Nur die Unternehmen, die im Ausland tanken können, kommen mit der Ökosteuer gut zurecht, erläuterte Karlheinz Schmidt vom Bundesverband Güterkraftverkehr.

In einem weiteren Verfahren klagten am 2. Dezember auch zwei Kühlhausbetreiber gegen die Ökosteuer. Freie Kühllhäuser müssen nämlich den vollen Ökosteuersatz bezahlen, während in den Kühllhäusern von Langnese oder Iglo der ermäßigte Satz für das produzierende Gewerbe gilt. "Dort wird deshalb die Kapazität erweitert, während die Auslastung der freien Kühllhäuser sinkt", kritisierte Jürgen Salzwedel als Vertreter der Kühlhausbetreiber. Er sieht den Grundsatz der Gleichbehandlung verletzt. Zumindest diese Klage hat gute Erfolgsaussichten. In einer Stellungnahme hatte der Bundesfi-

nanzhof, das höchste deutsche Finanzgericht, die Wettbewerbsverzerrung im Kühlhausbereich schon vor drei Jahren als verfassungswidrig bewertet. Wie das Bundesverfassungsgericht entscheiden wird, gilt als ungewiss. Wahrscheinlich haben die Kühlhausbetreiber bessere Chancen als die Spediteure. Das Urteil wird in einigen Monaten erwartet.

Mit dem privaten Autoverkehr und dem Kühlschrank in der Küche hat das alles nichts zu tun. Nur wenn Karlsruhe die Ökosteuer kippt, entfällt sie auch für den privaten Bereich. Am Nachmittag wollten die Spediteure das rot-grüne Vorzeigepro-

jekt ganz grundsätzlich angreifen. Im Grundgesetz fehle eine Kompetenz zur Einführung von Ökosteuern, hieß es in der Verfassungsbeschwerde. Außerdem dürfe das Aufkommen nicht zur Finanzierung der Rentenversicherung benutzt werden.

Aussicht auf Erfolg hat dies aber nicht. Der Bund darf Verbrauchsteuern erheben, heißt es im Grundgesetz. Auch die Mineralölsteuer ist nicht ausdrücklich in der Verfassung erwähnt. Außerdem können Steuereinnahmen - und das ist gerade ihr Sinn - für jeden beliebigen Zweck ausgegeben werden, den der Bundestag für sinnvoll hält.

Auswirkungen des Gesetzes zur Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform

[Deutscher Bundestag Drucksache 15/242, 15.Wahlperiode] Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Birgit Homburger, Hans-Michael Goldmann, Dr. Hermann Otto Solms, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP (Drucksache 15/112) zu den Auswirkungen des Gesetzes zur Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform.

1. Wie hoch – prozentual und in absoluten Zahlen – ist der Anteil des Bundeshaushaltes, der für die Zuschüsse zur Rentenversicherung verwendet wird?

Nach den Ansätzen des von der Bundesregierung am 20. November 2002 verabschiedeten Entwurfs des Bundeshaushalts für 2003 beläuft sich die Summe der wesentlichen Leistungen des Bundes an die Rentenversicherung

- Zuschüsse des Bundes an die Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten (West und Ost);

- zusätzlicher Zuschuss des Bundes an die Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten;
- Beteiligung des Bundes an der knappschaftlichen Rentenversicherung;
- Erstattung von einigungsbedingten Leistungen an die Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten;
- Beitragszahlungen für Kindererziehungszeiten an die Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten;

auf rd. 73,74 Mrd. Euro. Dieser Betrag entspricht einem Anteil von rd. 29,75 % der im Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2003 vorgesehenen Ausgaben insgesamt.

2. Wie hoch ist das Aufkommen aus der Ökosteuer in den Jahren 1999, 2000, 2001, 2002 und voraussichtlich 2003?

Das rechnerische Aufkommen aus der Ökosteuer entwickelt sich wie folgt (in Mrd. Euro):

Ist			Schätzung	
1999	2000	2001	2002	2003*
4,3	8,8	11,8	14,6	18,8

* In der Schätzung für 2003 sind die veranschlagten Mehreinnahmen durch das vom Deutschen Bundestag am 14. November 2002 beschlossene Gesetz zur Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform enthalten.

3. Wie hoch beziffert die Bundesregierung den Gegenwert für einen Beitragsspunkt in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV)?

Ausgehend von den nach derzeitigem Stand für das Jahr 2003 zu erwartenden Beitragseinnahmen entspricht ein Beitragssatzpunkt Einnahmen in Höhe von rd. 8,85 Mrd. Euro.

4. Wie hoch beziffert die Bundesregierung den Beitragssatz in der GRV, wenn die Einnahmen

aus der Ökosteuer seit 1999 nicht vom Bundeshaushalt in die GRV geleistet werden würden?

Ohne die im Zusammenhang mit den Stufen 1 bis 5 der ökologischen Steuerreform eingesetzten zusätzlichen Bundesmittel wären die Beitragssätze der GRV um die in der nachfolgenden Übersicht angegebenen Beitragssatzpunkte höher ausgefallen.

	1999	2000	2001	2002	2003
Beitragssatzpunkte	0,6*	1,0	1,3	1,5	1,7

* Jahresdurchschnitt; Beitragssatzsenkung zum 1. April 1999 von 20,3 v.H. um 0,8 Beitragssatzpunkte auf 19,5 v.H.

5. Welche nominale Reduzierung des Beitragssatzes erwartet die Bundesregierung aufgrund der Stufe der Ökosteuer im Jahre 2003?

Die in der Antwort auf Frage 4 ausgewiesene Differenz der Jahre 2002 und 2003 von 0,2 Beitragssatzpunkten ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass der auf die ökologische Steuerreform zurückzuführende Erhöhungsbetrag des zusätzlichen Bundeszuschusses an die Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten im Jahre 2003 im zeitlichen Zusammenhang mit der fünften Stufe der ökologischen Steuerreform angehoben wird.

6. Wie hoch sind die Belastungen der Ökosteuer für die Agrarwirtschaft, aufgeschlüsselt nach Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau und den vor- und nachgelagerten Agrarbereichen?

Das Ökosteueraufkommen aus dem Sektor Landwirtschaft einschließlich der Betriebe des Gartenbaus wird für das Jahr 2003 auf 562 Mio. Euro geschätzt. Dabei wurde der im Gesetz zur Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform vorgesehene Abbau der Steuerbegünstigung von 80 % auf 40 % der Ökosteuerregelsätze sowie die Erhöhung der Steuersätze auf Heizgase mit 40 Mio. Euro veranschlagt. Von den 562 Mio. Euro entfallen rd. 96 % auf die Landwirtschaft und rd. 4 % auf den Gartenbau. Dabei sind allerdings die Entlastungen durch die Agrardieselvergütung und die Sonderversgütung für den Unterglasanbau noch nicht berücksichtigt. Für die vor- und nachgelagerten Agrarbereiche liegen keine auswertbaren Angaben vor.

7. In welcher Höhe – prozentual und in absoluten Zahlen – wird die Agrarwirtschaft (aufgeschlüsselt wie in Frage 6) über die Zuschüsse zur Rentenversicherung entlastet?

Von der Absenkung der Lohnnebenkosten – im Jahr 2003 in Höhe von 36 Mio. Euro – profitieren die landwirtschaftlichen Betriebe zu 85 % (30,6 Mio. Euro) und die Gartenbaubetriebe zu 15 % (5,4 Mio. Euro). Für die vor- und nachgelagerten Agrarbereiche liegen keine auswertbaren Angaben vor.

8. Wie viele agrarwirtschaftliche Betriebe (aufgeschlüsselt wie in Frage 6) unterliegen dem vollen Ökosteuerregelsatz – prozentual und in absoluten Zahlen –, da sie den Sockelbetrag nicht überschreiten?

Aus den verfügbaren Statistiken kann die Zahl der dem vollen Ökosteuerregelsatz unterliegenden Betriebe nicht abgeleitet werden, weil insbesondere in der Agrarstatistik für die Land- und Forstwirtschaft einschließlich des Gartenbaus keine Angaben zum Energieverbrauch erhoben werden. Nach Schätzungen aus dem Testbetriebsnetz des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) wird der Sockelbetrag von ca. 400 000 Betrieben, das sind rd. 90% aller Betriebe, nicht überstiegen. Der Anteil der Gartenbaubetriebe, die den Sockelbetrag nicht übersteigen, liegt bei rd. 5 600 Betrieben, das sind rd. 59% aller Gartenbaubetriebe. Für die vor- und nachgelagerten Agrarbereiche liegen keine auswertbaren Angaben vor.

9. In welcher Höhe – prozentual und in absoluten Zahlen – werden Gartenbaubetriebe, insbesondere solche des Unterglasgartenbaus, durch die Anhebung der Steuersätze auf Erdgas und Flüssiggas bis Ende 2004 sowie danach durch die aktuelle Novelle der Ökosteuer unter Berücksichtigung von Ausnahmeregelungen zusätzlich belastet?

Aus den verfügbaren Statistiken kann die Mehrbelastung des Unterglasgartenbaus durch die Erhöhung der Mineralölsteuer für Erdgas von 3,476 Euro auf 5,50 Euro je Megawattstunde und für Flüssiggas von 38,34 Euro auf 60,60 Euro je 1 000 kg nicht abgeleitet werden, weil insbesondere in der Agrarstatistik für die Land- und Forstwirtschaft einschließlich des Gartenbaus keine Angaben zum Energieverbrauch erhoben werden. Die Bundesregierung geht jedoch davon aus, dass insbesondere der Unterglasgartenbau in den Jahren 2003 und 2004 durch die Steuererhöhungen nur geringfügig mehr belastet wird, weil für diesen Bereich die Vergütungssätze in § 25 des Mineralölsteuergesetzes weitestgehend an die Steuererhöhungen angepasst wurden.

10. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Gartenbaubetriebe, die in der Vergangenheit auf eine umweltfreundliche Energieversorgung auf Erdgasbasis umgestellt haben, durch die Erhöhung der Steuer auf Erdgas eine nachträgliche Benachteiligung erfahren, auch wenn diese teilweise und beschränkt auf zwei Jahre wieder ausgeglichen werden soll?

Die Bundesregierung teilt diese Auffassung nicht. Zunächst wird auf die Antwort zu Frage 9 hingewiesen. Allgemein gilt: Bezogen auf den Energiegehalt wird Erdgas bei einer Verwendung als Heizstoff bisher deutlich niedriger besteuert als leichtes Heizöl. Eine steuerliche Begünstigung in diesem Ausmaß ist nicht gerechtfertigt und führt zu nicht marktgerechten Einflüssen auf die Preisbildung. Der Steuersatz wird deshalb um 2,024 Euro je Megawattstunde erhöht, um ihn entsprechend dem Energiegehalt an den Steuersatz für leichtes Heizöl anzunähern. Der künftige Steuersatz für Erdgas liegt mit 5,50 Euro je Megawattstunde dann immer noch etwas niedriger als der von leichtem Heizöl, auch um dem geringeren CO₂-Ausstoß Rechnung zu tragen. Mit der weitgehenden Angleichung wird insbesondere auch das Ziel verfolgt, weitere Anreize zum Energiesparen zu geben. So wird zum Bei-

spiel der Einbau von umweltschonenden Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen sowie die Nutzung erneuerbarer Energieträger deutlich rentabler. Denn das langfristige Ziel der Bundesregierung ist es, bis 2050 die Hälfte der Energieversorgung aus erneuerbaren Energien bereitzustellen; bis 2010 wird eine Verdopplung des Anteils angestrebt.

11. Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, dass die Erhöhung der Steuer auf Erdgas bei gleichzeitiger Erhöhung der Rückerstattung für erdgasbetriebene Energieanlagen eine Verkomplizierung und Bürokratisierung des Gesetzes bedeutet, und wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung stimmt dieser Auffassung nicht zu. Auch schon bisher erfolgt die mineralölsteuerliche Begünstigung für Erdgas, das in Energieanlagen zur Stromerzeugung eingesetzt wird, im Wege eines Erstattungsverfahrens. Deshalb erhöht sich im Einzelfall nur die Erstattungssumme, womit aber keine Verkomplizierung oder Bürokratisierung des Verfahrens verbunden ist.

12. Warum hat die Bundesregierung – vor dem Hintergrund des weltweiten Wettbewerbs – auch die besonders energieintensiven Betriebe zusätzlich belastet, bei denen Strom als Rohstoff eingesetzt wird, z. B. für die Elektrolyse bei der Aluminiumherstellung?

Um energieintensive Unternehmen des Produzierenden Gewerbes – wie zum Beispiel auch solche aus dem Bereich der Aluminiumherstellung – im Hinblick auf ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht über einen tragbaren Selbstbehalt hinaus zu belasten, bleibt der so genannte Spitzenausgleich nach § 10 des Stromsteuergesetzes und § 25a des Mineralölsteuergesetzes in seiner Grundstruktur erhalten, wird aber wie folgt gegenüber der bisherigen Rechtslage modifiziert: Es wird den Unternehmen nicht mehr die um den Faktor 1,2 erhöhte Absenkung der Rentenversicherungsbeiträge als Vorteil aus der ökologischen Steuerreform gegengerechnet, sondern nur die einfache Absenkung. Die den so errechneten Entlastungsbetrag übersteigende Ökosteuer wird den Unternehmen zu 95 % vergütet. Damit verbleibt auch bei Unternehmen mit hohen Energieverbräuchen eine moderate, jedoch ökologisch sinnvolle Grenzsteuerbelastung. Indem die Neugestaltung des Spitzenausgleichs sicherstellt, dass auch energieintensive Unternehmen des

Produzierenden Gewerbes nicht über einen tragbaren Selbstbehalt hinaus belastet werden, wird der Wettbewerbsfähigkeit der gesamten deutschen Industrie auch weiterhin Rechnung getragen.

13. Sind Ausnahmeregelungen in der aktuellen Ökosteuernovelle unter Berücksichtigung des Beschlusses der EU-Kommission vom Februar 2002 nach Auffassung der Bundesregierung zusätzlich notifizierungspflichtig, und wenn ja, welche sind dies?

Durch das Gesetz zur Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform werden Steuerbegünstigungen für das Produzierende Gewerbe und die Land- und Forstwirtschaft abgeschmolzen. Diese Rückführung von steuerlichen Begünstigungen ist beihilferechtlich nicht genehmigungspflichtig. Die Bundesregie-

rung prüft derzeit noch, ob die Verlängerung der befristeten Steuerermäßigung für als Kraftstoff in Fahrzeugen verwendetes Erdgas bis zum 31. Dezember 2020 der EU-Kommission vorzulegen ist. Die beihilferechtliche Beurteilung der mineralölsteuerrechtlichen Begünstigung für Unterglasanbaubetriebe richtet sich nach Auffassung der Bundesregierung in erster Linie nach den steuerrechtlichen Vorgaben der Mineralölsteuerstrukturrichtlinie (RL 92/81/EWG). Eine mineralölsteuerrechtliche Begünstigung im Agrarsektor, die nach der Mineralölsteuerstrukturrichtlinie steuerrechtlich zulässig ist, unterliegt derzeit keiner weiteren beihilferechtlichen Überprüfung durch die EU-Kommission.

<http://dip.bundestag.de/btd/15/002/1500242.pdf>

Trotz Schulden und Sparhaushalt: Schröder verspricht der Kohle 17 Milliarden Euro

[Newsletter Sonnenseite; 16.12.2003] Die schönsten Anzeigen helfen da auch nicht viel: Die Kohle ist ein Auslauf-Modell. Allerdings ein sehr, sehr teures. Zur Zeit zahlt eine deutsche Familie jeden Monat 40 Euro für Kohlesubventionen. Im Vergleich dazu: Für alle umweltfreundlichen Erneuerbaren Energien zusammen zahlt eine deutsche Familie heute pro Monat im Schnitt einen Euro.

Obwohl die Kohleverbrennung auch noch das Treibhaus belastet, hat der Bundeskanzler soeben auf dem "Steinkohletag" im Bergbau 17 Milliarden Euro von 2006 bis 2012 versprochen. Hat nicht dieselbe Bundesregierung und auch die Opposition eben erst noch vom Abbau der Subventionen gesprochen? Die unsinnige Kohlesubventionen beweist: Deutschland hat noch immer nicht zu wenig Geld, sondern viel zu viel.

Und trotz aller Subventionen: Die Arbeitsplätze verschwinden. Heute sind noch 45.000 Kumpel im Bergbau beschäftigt, 2012 werden es noch 20.000

sein. Teurer und unsinniger und verantwortungsloser geht es kaum noch.

Die Kohle-Lobby schreckt vor keinem faulen Trick zurück. Weil das Wort "Sonnenenergie" sehr positiv besetzt ist und 92 Prozent der Deutschen bei Umfragen sagen "Die Zukunftsenergie ist die Sonne" (Kohle wird noch von 18 Prozent als Zukunftsenergie gesehen), verkauft die Bergbauwirtschaft ihren schwarzen Dreck als "Sonnenenergie" und schreibt zum Beispiel: "Wir haben eine Sonnenenergie, die auch bei Regen funktioniert." Reiner Etikettenschwindel.

Emissionsfreie Kohleverstromung wird es auch in Zukunft nicht geben. Energie aus Kohle ist so unwirtschaftlich und unverantwortlich wie Energie aus Atomkraftwerken. Kohle und Atomstrom sind schon heute und erst recht morgen die teuerste Energiequelle überhaupt, wenn die Folgekosten halbwegs realistisch eingerechnet werden.

Deutschland verspielt Vorreiterrolle im Klimaschutz

[ECO-News; 25.11.2003] Bislang galt Deutschland international als Vorreiter beim Klimaschutz. Sowohl Helmut Kohl in den neunziger Jahren wie auch Gerhard Schröder auf dem Johannesburg-Gipfel waren die Hoffnungsträger im Kampf gegen den Treibhauseffekt. Doch mit der weiteren Kohlesubventionierung bis 2012 wird die Bundesregie-

rung unglaublich. Sie kann damit auch ihr Ziel, bis 2005 mindestens 25 Prozent der Treibhausgase in Deutschland gegenüber 1990 einzusparen, nicht erreichen.

Die Steinkohleförderung und der Ausbau der Braunkohle in Garzweiler II widersprechen der Klimaschutzpolitik der Bundesregierung fundamen-

tal. Wer wie Gerhard Schröder oder Wolfgang Clement in totaler Abhängigkeit von der überholten Kohlewirtschaft verharrt, verspielt die Zukunftsfähigkeit Deutschlands nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch.

Der Kohlewirtschaft in Zeiten angeblich leerer Kassen und in Zeiten der Klimazerstörung 16 Milliarden Euro Steuergelder zu garantieren, ist politisch absurd. Die Grünen sind nach langen Kämp-

fen mit Wolfgang Clement um die Erneuerbaren Energien zu feige oder zu abgeschlafft um gegen eine destruktive Kohlepolitik noch anzukämpfen und die CDU/CSU-Opposition ist dabei leider ein Totalausfall.

So verspielt Deutschland auch seine internationale Glaubwürdigkeit und seine bisherige Vorreiterrolle beim Klimaschutz.

Senkung der Lohnnebenkosten durch Ökologisierung des Finanzsystems

[Holger Rogall, 09.11.2003] Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung werden aufgefordert, die Sozialabgaben (Renten- und Arbeitslosenversicherung) der Arbeitnehmer und Arbeitgeber ab 2005 stufenweise zu senken.

Finanziert werden soll dieses Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Sicherung der Sozialsysteme durch eine Ökologisierung des Finanzsystems, das entsprechend der Forderungen des DIW, FÖS und BUND u.a. folgende Bestandteile umfassen soll:

Fortsetzung der Ökologischen Steuerreform, mit folgenden Elementen

- Festsetzung der weiteren Ökologisierung des Finanzsystems als wesentliches Ziel der Finanzpolitik
- Fortsetzung der Erhöhung der Öko-Steuern pro Jahr in der bisherigen Größenordnung auf unbestimmte Zeit (3 Ct./l Kraftstoff; 2 Ct./l Heizöl; 0,15 Ct./kWh Erdgas; 0,5 Ct./kWh Strom)
- Wegfall der Erdgas- und der Mineralölsteuer beim Einsatz in der Stromerzeugung oder Alternativ: Einführung einer jährl. steigenden Steuer auf Kohle und Kernbrennstoffe.

Umwandlung von Abgaben und Ausweitung auf andere Tatbestände

- Umwandlung der Bemessungsgrundlage der Kfz-Steuer vom Hubraum auf die Durchschnittlichen Treibhausgasemissionen der Fahrzeugmodelle
- Einführung emissionsabhängiger Landegebühren sowie Einführung einer Kerosinsteuer auf Flüge im Inland und auf Flüge zwischen Deutschland und den Staaten die bereit sind hierzu ein Abkommen zu schließen

- Absenkung des Mehrwertsteuersatzes für den Schienen gebundenen Verkehr von 16% auf 7%, später auf 0%
- Einführung von Düngemittel- und Pestizidabgaben
- Umwandlung der Grunderwerbs- in eine Verriegelungssteuer und der Grundsteuer in eine Flächennutzungssteuer
- Ggf. Ausweitung der Lkw-Maut auf alle Lkw, später auf alle Fahrzeuge und alle Straßen

Abbau umweltschädlicher Subventionen

- Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung des internationalen Personen-Luftverkehrs
- Stufenweise Senkung der Steuerermäßigungen für den industriellen Stromverbrauch, der nicht dem Emissionshandel unterliegt
- Aufhebung der Steuervergünstigungen für Diesel- und Agrardiesel
- Stufenweiser Abbau der Steinkohlesubventionen bis 2010
- Stufenweiser Abbau der Entfernungspauschale
- Umwandlung der Eigenheimzulage in ein Städtestrukturprogramm.

Ein kleinerer Teil der Steuermehreinnahmen (z.B. 20%) sollen zur Erhöhung des Wärmeschutzsanierungsprogramms und der Erforschung erneuerbarer Energieträger verwendet werden.

Begründung

Durch eine langfristig angelegte Ökologisierung des Finanzsystems kann eine "fünffache Dividende" erzielt werden: 1. es entstehen Arbeitsplätze, da der Faktor Arbeit preiswerter und die Schwarzarbeit uninteressanter wird, 2. Arbeitsplätze werden geschaffen, da die Nachfrage nach neuen energieeffizienten Produkten und erneuerbaren Energietechniken steigt, 3. die Sozialsysteme werden sicherer,

da die Finanzierungslast auf mehrere Schultern verteilt wird, 4. die Belastung der natürlichen Lebensgrundlagen wird verringert, da Ressourcen und Energie effizienter und sparsamer eingesetzt werden und der "Weg ins Solarzeitalter" wirtschaftlich wird, 5. die Wirtschaft und Gesellschaft Deutschlands werden unabhängig von Öl-Importen, dass

senkt volkswirtschaftliche Kosten und leistet zugleich einen Beitrag zur internationalen Friedenspolitik.

Ansprechpartner: <mailto:H.Rogall@t-online.de>, Tel.: (030) 402 13 56

Mehr Mut beim Abbau von Subventionen

[Barbora Pokorna, FÖS, 19.01.2004] In der „Außenansicht“ der Süddeutschen Zeitung vom 04.11.2003 plädiert der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker für einen konsequenten Subventionsabbau. Die Politiker sollten vor allem beim Abbau von Subventionen mit falschen Anreizen mehr Mut beweisen. So wird beispielsweise gleichzeitig der Rückbau von Wohnungen und andererseits der Eigenheimbau in Ostdeutschland gefördert, oft in den gleichen Gemeinden. Auch Steinkohleförderung und Agrarexporte dürfen auf Dauer überhaupt nicht subventioniert werden, meinte von Weizsäcker.

Der Ex-Bundespräsident betont, dass auch die EU, die OECD und das UN-Umweltprogramm unter Klaus Töpfer den Abbau ökologisch kontraproduktiver Subventionen fordern. Hier findet sich der richtige Weg. Diese Art Subventionsabbau stärkt nicht nur die deutsche Wirtschaft und schafft wieder Gestaltungsspielraum für die Haushaltspolitik,

sondern schützt auch die Umwelt und unsere Nachkommen.

Ökologisch kontraproduktive Subventionen sind auch ein großes Thema für Europa. Die Agrarexportsubventionen der Europäischen Union sind der größte Stolperstein bei den WTO-Verhandlungen. Die EU-Agrarminister haben – in Vorbereitung auf die WTO-Handelsministerkonferenz - in dieser Richtung zwar einen weiteren Schritt gemacht, aber das gesamte EU-Agrar-Subventionsvolumen bleibt unberührt und wird auch weiterhin rund 50 Prozent des EU-Topfes verschlingen.

Nach der Meinung Richard von Weizäckers entlastet die Kürzung der großen Subventionen, die oft auch „ökologisch kontraproduktiv“ sind, die Haushalte um viele Milliarden und wird auch einen großen Schritt in Richtung Nachhaltigkeit bedeuten.

Den ganzen Artikel finden Sie unter <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/artikel/875/2085/5/>

Die Killer der Ökosteuer

[Joachim Wille, Frankfurter Rundschau] Die Geschichte spielt anno 1995. An einem geheimen Ort findet ein Sechs-Augen-Gespräch von drei gewichtigen Deutschen statt. Kanzler Helmut Kohl (CDU) trifft BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel und Jürgen Strube, den Chef des BASF-Konzerns. Sinn des Tête-à-Tête: Liquidierung der grassierenden Ökosteuer-Pläne - und Einwilligung der Politik in ein neues Instrument der Klimapolitik: die freiwillige Selbstverpflichtung der deutschen Industrie zur Minderung des Treibhausgases Kohlendioxid.

Hintergrund: Die Debatte über die ökologische Steuerreform hatte 1994 Fahrt aufgenommen, nach dem ein Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sehr positive Wirkungen für Klima und Arbeitsmarkt ermittelte. Der CO₂-Ausstoß sollte binnen zehn Jahren zusätzlich um 20 Prozent sinken, außerdem bis zu 800 000 neue Jobs

entstehen. Nicht nur Grüne und SPD standen hinter dem Konzept, sondern auch die Union. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte bereits ein Konzept zur Umsetzung - Motto: Energiekosten hoch, Arbeitskosten runter - erarbeiten lassen. Doch es gab eine gewichtige Widersacherin: die Industrie. Und sie, die bei Kohl auf offene Ohren hoffen konnte, setzte sich durch.

Für das Versprechen, keine Ökosteuer - also ein marktwirtschaftliches Instrument der Klimapolitik - einzuführen, handelte der Kanzler die "FSV" ein. Industrie und Energiewirtschaft verpflichteten sich, die spezifischen CO₂-Emissionen (also pro Produktionseinheit) bis 2005 um 20 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 zu senken. Schönheitsfehler: Es wurden keine absoluten CO₂-Tonnagen festgelegt; Wachstum der Produktion kann Einsparungen pro Einheit also wieder wettmachen. Und: Es wur-

den keine Sanktionsmechanismen festgelegt. Ein Verfehlen des Ziels bleibt folgenlos.

Trotzdem: Die Klima-Selbstverpflichtung wurde, betrachtet man die reinen Zahlen, ein Erfolg. Das von Kohl ausgegebene nationale Klimaschutzziel belief sich auf minus 25 Prozent beim Kohlendioxid-Ausstoß bis 2005. Die CO₂-Emissionen der Industrie aber liegen heute bereits um rund 35 Prozent unter dem Wert von 1990. Sie sanken von 169 auf 109 Millionen Tonnen. Doch bei näherem Hinsehen verliert das schöne Bild an Glanz. Wie das arbeitgebernahe Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (Essen) 1999 feststellte, hatten die 13 beteiligten Branchen ihre größten Einsparerfolge bereits eingefahren, als sie 1995 ihre Selbstverpflichtung eingingen - meist eine Folge des Zusammenbruchs der besonders "schmutzigen" DDR-Industrie und des Aufbaus effizienterer Struk-

turen.

Auf Grund dieser Tatsache und des politischen Drucks der rot-grünen Bundesregierung besserte die Industrie ihre Selbstverpflichtung anno 2000 nach. Sie erhöhte für 2005 auf minus 28 Prozent spezifisch und stellte ein neues Ziel für 2012 und alle sechs im Kioto-Protokoll erfassten Treibhausgase auf: minus 35 Prozent. Die Hoffnung allerdings dürfte kaum aufgehen, damit ein weiteres neues Klimaschutz-Instrument, den von der EU geplanten Emissionshandel, auszubremsen. Der soll 2008 beginnen.

Übrigens: Die anderen Sektoren, besonders der Verkehr und die Haushalte, hinken beim CO₂-Einsparen gewaltig nach. Vielleicht, weil hier, anders als in der Wirtschaft, das Rechnen nicht so gebräuchlich ist.

3. ÖFR-DISKUSSION INTERNATIONAL

Londoner City-Maut - erste Halbjahres-Bilanz

[UK Environmental Headlines Ausgabe Nr. 13; November 2003] Die City-Maut hat im ersten halben Jahr ihres Bestehens zu einer deutlichen Verminderung des Verkehrsaufkommens und der Stau- bildung in der Londoner Innenstadt geführt. Dies geht aus dem jüngsten Erfahrungsbericht hervor, der u.a. die folgenden Ergebnisse dokumentiert:

- Die Staubildung in der Mautzone ist um rund 30% zurückgegangen und ist damit jetzt niedriger als zu irgendeinem Zeitpunkt seit Mitte der 80er Jahre.
- Die Zahl der Kraftfahrzeuge, die während der mautpflichtigen Zeit in die Zone einfahren, ist

um 16% zurückgegangen, während die Zahl der Fahrten mit dem Fahrrad um 30% zugenommen hat.

- Die durchschnittliche Fahrtdauer mit dem Pkw ist um 14% zurückgegangen.
- Die öffentlichen Verkehrsmittel haben das zusätzliche Passagieraufkommen der früheren Pkw-Benutzer gut verkraftet.

Mehr zum Thema City-Maut und einen Link zum Erfahrungsbericht finden Sie auf folgender Webseite: http://www.tfl.gov.uk/tfl/cc_intro.shtml

Steigendes Aufkommen an ökologischen Steuern

[UK Environmental Headlines Ausgabe Nr. 13; November 2003] 2002 nahm die öffentliche Hand in GB durch ökologische Steuern GBP 33 Mrd. ein. Das sind 3,2% des BIP. (2001: GBP 32 Mrd.). Die Mineralölsteuer machte mit GBP 22,1 Mrd. 66% des Gesamtaufkommens an ökologischen Steuern aus. Die Einnahmen aus der Klimaschutzabgabe betragen im ersten Jahr mit voller Laufzeit GBP 837

Mio. Das Deponiesteueraufkommen stieg auf GBP 528 Mio., und die im April 2002 eingeführte Steuer auf den Abbau von Stoffen wie Sand, Kies und Stein brachte im ersten Jahr GBP 211 Mio. Details zu den ökologischen Steuern und Regierungsausgaben gibt ein Bericht des Nationalen Statistischen Amtes.

Weitere Einzelheiten dazu:

<http://www.statistics.gov.uk/pdfdir/envir1003.pdf>

Green twists in British pre-budget report

[Environment Daily 1571; 10.12.2003] Eine Vorversion des Steuerjahres 2004-05 in Großbritannien enthält auch eine Vielzahl an Klimamaßnahmen. Sie betreffen eine Erweiterung der Energieeffizienz in der Wirtschaft und stützen die Entwicklung des EU-Emissionshandels.

A preview of the UK budget for fiscal year 2004-05 issued on Wednesday 10 December contained a range of environmental measures. They include further steps to encourage business energy efficiency and support the development of the EU greenhouse gas emission trading scheme. The government also published a proposed framework for future taxation of alternative road fuels, outlined changes to an ex-

isting waste landfill tax, and promised to consult early next year on the possible use of economic instruments to tackle diffuse water pollution. See pre-budget report

<http://www.hm-treas->

[ury.gov.uk/pre_budget_report/prebud_pbr03/report/prebud_pbr03_repindex.cfm](http://www.hm-treas-ury.gov.uk/pre_budget_report/prebud_pbr03/report/prebud_pbr03_repindex.cfm)

and press release

<http://www.hm-treas->

[ury.gov.uk/pre_budget_report/prebud_pbr03/press_notices/prebud_pbr03_press3.cfm](http://www.hm-treas-ury.gov.uk/pre_budget_report/prebud_pbr03/press_notices/prebud_pbr03_press3.cfm)

Englische Politiker fordern Flugbenzin-Steuer

[Newsletter Sonnenseite; 14.12.2003] Der konservative Parlamentsabgeordnete Peter Ainsworth redet Klartext: "Wir brauchen Flugpreise, welche die wahren Kosten der Umweltverschmutzung widerspiegeln."

Ainsworth ist Chef der Umweltkommission des englischen Parlaments. Sie untersucht, wie künftig Fluggesellschaften für das verantwortlich gemacht werden können, was sie anstellen. Sie sollen also zahlen für Treibhausgase, überlastete Startbahnen, verschandelte Landschaften und für Verbrauch von Flächen.

1990, so die Kommission, habe der weltweite Flugverkehr 3,5 Prozent der menschgemachten Treibhausgase ausgemacht; 2050 würden es wahrscheinlich 15 Prozent sein. Deshalb sei eine "Emissions-

abgabe" unvermeidbar. Dafür haben die EU-Umweltminister und die Europäische Kommission bereits im Oktober 2003 Zustimmung signalisiert.

Die englische Labour-Regierung will noch im Dezember 2003 ihr "Weißbuch Flugverkehr" veröffentlichen und die Vorschläge der Umweltkommission berücksichtigen. Die "Times" vermutet, dass zumindest die Flughafengebühren verdoppelt werden dürften. Zudem forsche die Flugindustrie an Maschinen, die künftig keine Kondensstreifen mehr ausstoßen. Das würde die Klimabelastung um 50 Prozent reduzieren.

Übrigens: Auch Nichtfliegen ist möglich. 93 Prozent aller derzeit lebenden Menschen sind noch nie geflogen.

4. AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER

Synthesis Workshop on Environmental Fiscal Reform

[Kurzfassung der Workshop-Dokumentation] Am 25.-25. November 2003 fand in Berlin ein Seminar zur ökologischen Steuerreform statt. Hauptanliegen war die Besprechung des ÖSR- Programms der OECD. Die Darstellungen bezogen sich auf verschiedene Themen wie ÖSR und Fischerei, ÖSR im Waldsektor und die Einführung der ÖSR in

Deutschland und in anderen Europäischen Ländern.

Background

The workshop was hosted by BMZ/GTZ from 24-25 November in Berlin, Germany. Its main objectives were to bring together, present and discuss the results of the OECD-DAC work programme on Environmental Fiscal Reform (EFR), including the

drafts of the OECD-DAC reference and interagency paper on EFR, the forestry and fishery case studies, the respective international workshops and country experience with EFR in South Africa, China, India, Tanzania, Lebanon and elsewhere.

Workshop Proceedings

Philipp Knill (BMZ) **welcomed** the participants and highlighted the need to ensure a focus on poverty reduction and implementation in the EFR process. In his welcoming note, Arno Tomowski (GTZ) emphasized the potential of EFR to contribute to favourable incentive structures and improved framework conditions in which development cooperation activities on the ground will likely be more successful. Paul Steele (DFID) followed by Jim Prust (IMF) gave an **introduction** to the topic of the workshop: EFR aims at raising revenues that can be used for poverty reduction, improving financial management, reducing loss of potential revenues and of natural resources, reducing pollution, raising efficiency and increasing access for the poor to environmental services. Depending on existing policies and the natural resources base of a country EFR might help raising additional income of up to 5% of GDP in an extreme case scenario. As the **following panel discussion** made clear, EFR is an instrument to bridge the gap between environment and finance actors on a pro-poor basis, not only in countries but also in development agencies. However, it is loaded with difficult social issues and risks. Therefore the focus of the workshop and the documents on political economy issues (instead of a more “technical” approach) met widespread approval by participants.

In the presentation and discussion on **fisheries**, subsidies, especially the subsidies for developed countries’ fishing fleets, were identified as the main obstacle to a sustainable management of the resource. Due to worldwide subsidies of fisheries, subsidy removal is often associated with severe competitiveness concerns. This should be addressed by international policy harmonization. Access control is crucial to guarantee enforcement of national fishing policy and transboundary management. Therefore a sufficient share of EFR revenues in the fishery sector will always have to be earmarked to enforcement and monitoring. It was widely agreed that small-scale fisheries should be treated differently to ensure pro-poor impacts.

EFR in the forest sector was identified not only as a means to increase the efficiency of fiscal instruments but moreover to benefit the poor. But many countries are often not prepared to cope with the revenues and to take care of transparency and monitoring of efficient use of revenues. This is even more so if revenues are raised by provincial and local entities. Hence decentralization might interfere with an efficient EFR-process. The potential for corruption depends, too, on the complexity of the instruments with more simple fiscal instruments leaving less room for corruption. A potential task for donors (because of their credibility) could be to facilitate tackling the problem of „hidden-information“ on costs and prices of goods and services from forestry. Currently, often the process of getting the prices right lacks equal access of certain groups of stakeholders to information held by administrative institutions. It was illustrated that some issues still need to be included in the discussion on EFR in the forest sector (reducing illegal logging and getting the general framework in the forest sector right, role of certificates for sustainable forestry, concept of compensation/payments for provision of ecological services)

The short **input on comprehensive EFR** by Kai Schlegelmilch (German Environment Ministry) illustrated the process of introducing Eco-taxes in Germany and other European countries. He pointed out that, although the concepts may be clear in principle, the political will is of utmost importance. Therefore, it is necessary to establish coalitions, i.e. by earmarking revenue generated from EFR with pension reform or in the case of industrialised countries by linking it with pension reform. The panel discussion on the **country case studies** revealed that one important constraint for implementation of EFR is the lack of economical know-how but also data in environmental departments and environmental know-how in fiscal departments. Also, it would be ambitious to use EFR to compensate in the long run for other taxes because this will only work for environmental tax bases with an inelastic demand. It was raised, that EFR will only sell if it has positive impacts on growth. Where EFR contributes to transparency and accountability it will be fiercely resisted by a corrupt bureaucracy. Public awareness of environmental problems was generally said to be very low in most developing countries. People tend to accept bad environmental con-

ditions (e.g. low water quality, air pollution etc.) as the “normal price to pay” for living in big cities, modern life etc. As soon as an environmental crisis is perceived as such this might help in getting EFR on track.

The afternoon break-out groups focused on the following **challenges of EFR**: a) getting EFR processes started, b) organising these processes, c) inter-ministerial coordination & cooperation, and d) “marketing” EFR. Some important messages from the groups were: It is important not to get bogged down by issues of definition or scope of EFR. EFR is not a cast-in-stone ready to use package of policies. What is more important is to identify concrete country or sector/resource specific interventions, however small, and get started. The agenda-setting can be initiated by any stakeholder through forums, networking, workshops and marketing campaigns and should frame the issue in a way that helps getting relevant actors (particularly finance ministries as key players) and progressive institutional entities involved and convinced. In addition it is important to build on ongoing processes to avoid duplication and benefit from already developed inter-ministerial cooperation structures. For the latter it is decisive to learn to understand and speak each other’s language. Environmental awareness has to be the starting point if EFR is presented as an approach to improve the environment. However, often it might be more promising to use other aspects of EFR to gain support in the beginning (cost recovery, poverty reduction, disaster prevention, security & oil dependency issues, ...). Depending on the different stages of the policy cycle different stakeholders have to be addressed and involved. South-South lesson learning was considered very useful.

The **DAC Reference Paper and the Interagency Paper on EFR** received a lot of appraisal. They were widely considered as very useful, although some fine-tuning was still said to be required. This included the following remarks:

- The country examples in the paper are very South-orientated. More examples from Eastern countries could be included.
- Some references should be checked on correctness. It is recommendable to check if commonly cited “best practices” really work in the field.
- It should be considered to include certain additional topics, e.g. mining, solid waste manage-

ment, vehicle tax etc.

- More linkages to relevant international frameworks and dialogues should be made (e.g. UNEP, UNFF).
- More tables, charts and/or graphics may be included.
- It is important to clarify better objectives of EFR upfront.
- Are the papers advocacy or descriptive papers? This could be made clearer.
- Some refining should go into revisiting the balance of the three objectives of EFR (poverty reduction, environmental protection and revenue raising)?
- Issues related to decentralisation (of fiscal revenues) should be reflected in more depth.
- 10 selling points for EFR could be elaborated to display the benefits of EFR in a simple and eye-catching manner.
- The recommendations part (also for the donors) still needs to be fleshed out significantly.

To discuss the **follow-up and next steps** participants split up in two groups, one discussing on the role of and recommendations for donor agencies, the other discussing on developing countries’ governments. Sharing of experience on a South-South basis was considered essential. For the environment and sector ministries to comply with their role to provide sound data on environmental problems capacity building is crucial. Their economic understanding needs to be raised. This holds also true for donor agencies in which environment departments should capacitate themselves for addressing issues in a way that make them appealing to their department dealing with fiscal and macro-economic issues. EFR should not be sold as one-size-fits-all. It should be started on project and programme basis, build on ongoing processes and the framing of the initiatives by donors should also involve other ministries than the Ministry of Environment. Some PR will have to be done. Depending on the target group (whether intra-agency or in-partner-country) different “marketing” approaches might need to be taken. In the donor community linking the issue strongly to the MDGs, poverty reduction and sustainable development is key. In addition at this stage of the EFR discussion it may be important to simplify and use labels in order to get the main messages of EFR across without watering down the issue.

In the **closing remarks** the informal and open atmosphere, vivid participation and good results were emphasized. It was commonly felt that the interdisciplinary workshop had contributed to understanding each others perspectives better. There was a

feeling that the EFR process has gained dynamic and should not be left to only finalising the papers discussed at the workshop but in addition result in further, more specific and implementation oriented activities.

5. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN DEUTSCHLAND

Windenergie und Landschaftsschutz

[Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger, Beiratsmitglied des FÖS] Unter dem Titel „Landschaft und Landschaftsschutz“ schreibt Axel Mayer: „Es ist gut, dass endlich auch über Landschaft und Landschaftsschutz öffentlich debattiert wird.“ Dieser Aussage kann man nur beipflichten. Es ist aber keineswegs so, dass dabei, wie Mayer behauptet, der Landschaftsschutz nur bei der Windenergie thematisiert wird. Das Gegenteil ist der Fall, gerade was den BUND angeht.

Hier wurde immer und ausdrücklich der Landschaftsschutz hervorgehoben, wenn „neue Strassen gebaut, Flächen zubetoniert und Hochspannungsmasten in die Landschaft gesetzt wurden.“ Umgekehrt hat der BUND die Landschaftsfrage in den letzten Jahren bagatellisiert, wenn es um Windenergie ging. Dabei hat er sich ursprünglich in einem ausdrücklichen Beschluss für die Aufhebung der Privilegierung der Windenergie eingesetzt, die wesentlich zu der grossflächigen Landschaftszerstörung – Mayer spricht sogar von „Verscheusslichung“ – beigetragen hat, die wir heute erleben. Obwohl dieser Beschluss nie aufgehoben und in den Positionspapieren zur Windenergie ausdrücklich wiederholt wurde, hat dies nie zu einem entsprechenden politischen Vorstoss geführt. Im Gegenteil, der Ausbau der Windenergie wurde vom BUND fast uneingeschränkt weiter gefordert und gefördert. Sogar die in den Positionspapieren aufgelisteten Vorbehalte gegenüber dem Bau von WKA in Schutzgebieten wurden in der Praxis meist fallengelassen. Die Folge ist, dass auch die Vorstösse des BUND zur Landschaftserhaltung in den anderen oben erwähnten Bereichen kaum mehr ernst genommen werden können.

Mayer glaubt in diesem Zusammenhang einen Gegensatz zwischen Landschaftsschutz und Umweltschutz ausmachen zu können. Dem ist aber nicht

so. Die Windenergie leistet in der Realität kaum einen Beitrag zur Substitution von Atomstrom und zum Klimaschutz, sondern hindert vielmehr daran, den echten Alternativen zum Durchbruch zu verhelfen. Es ist bekannt, dass, wenn der Wind weht – er weht, wann und wo er will -, nicht der schwer regulierbare Atomstrom reduziert wird, sondern vor allem der Strom aus Steinkohlekraftwerken, die zu diesem Zweck stets in Bereitschaft gehalten werden müssen. Die Atommeiler liefern daher, solange sie nicht ausdrücklich verboten werden, ungehindert weiter Strom, auch wenn der Wind noch so stark weht. Dies ist auch der Grund, warum die Energieversorgungsunternehmen sich keineswegs mehr gegen die Windenergie wehren, wie Mayer behauptet, sondern, so gut wie viele Umweltschützer, gerne von der massiven Förderung der Windenergie finanziell profitieren.

Aber auch der Beitrag zum Klimaschutz, der sich aus einer allfälligen Reduktion von Kohlestrom ergibt, ist minimal. Dies wird deutlich, wenn wir bedenken, dass der von der gesamten Energieproduktion verursachte CO₂-Ausstoss nur höchstens 70% der für die Klimaveränderung massgebenden Treibhausgase, und die Elektrizität nur ca. 20% der Energieproduktion ausmacht. Die Windenergie, die heute in Deutschland einen Anteil von ca. 5% der Elektrizitätsproduktion hat, kann somit höchstens zu 0,7% (5% x 0,7 x 0,2) zur Reduktion der Treibhausgase und damit zum Klimaschutz beitragen – soweit es überhaupt zu einer solchen Reduktion kommt.

Ein echter Umweltschutz muss in erster Linie auf Energieeinsparung und Erhöhung der Energieeffizienz setzen! Dies wird zwar auch von den Befürwortern der Windenergie zugegeben. Es bleibt aber ein blosses Lippenbekenntnis. Wegen der Konzentration auf die Windenergie fehlt die Kraft, die Zeit

und das Geld, um wirklich etwas für Energieeinsparung und Effizienzerhöhung zu tun, obwohl sie x-mal ergiebiger und billiger ist. So hat auch der Umweltschutz das Nachsehen, wenn man der Windenergie in dem Ausmass die Priorität gibt, wie es bisher der Fall war.

Auf keinen Fall ist es nötig, die Landschaft auf den Altar des Umweltschutzes zu opfern, wie Mayer meint. Dies gilt erst recht, wenn es um die Landschaft Südbadens geht, die man – wie er sagt – nicht „egoistisch“ schützen dürfe. Hier sind, wie überall im Binnenland die Windverhältnisse wesentlich ungünstiger als an der Küste. Infolgedessen müssen, damit überhaupt etwas Strom erzeugt wird, die Windkraftanlagen immer höher gebaut und auf die Hügelzüge gesetzt werden, so dass sie den Wald

himmelhoch überragen. Sie stören die Landschaft daher wesentlich stärker als an der Küste. Dies kann jeder beobachten, der den Oberrhein entlang fährt. Die auf den Hügelzügen des Schwarzwaldes stehenden Windkraftanlagen wirken wie riesige Galgen, an denen die Landschaft aufgehängt wird.

Echter Umweltschutz und Landschaftsschutz gehen Hand in Hand, wenn nicht die Windenergie dazwischen tritt. Dies gilt insbesondere im Binnenland. Es ist daher höchste Zeit, dass der BUND seinen immer noch gültigen Beschluss, die Aufhebung der Privilegierung der Windenergie und den consequenten Ausschluss der Windenergie aus den Schutzgebieten zu verlangen, Nachachtung verschafft.

Ökobilanz der Verkehrsmittel: Umweltsieger Bahn lässt Auto, LKW und Flugzeug weit hinter sich

[B.A.U.M.-@-News; 19.11.2003] In Sachen Umwelt haben die Bahnen die Nase vorn: Die Bahnen sind nach den aktuellen deutschen Umweltdaten das umweltfreundlichste motorisierte Verkehrsmittel, weit vor Auto, LKW und Flugzeug. Auf diesen Umweltvorsprung der Bahnen gegenüber ihren Konkurrenten auf der Straße und in der Luft wiesen die Allianz pro Schiene und ihre Mitgliedsverbände NABU und BUND anlässlich der Präsentation des Umweltberichts der Deutschen Bahn am 17. November in Berlin hin.

"Die Bahnen in Deutschland sind Energie sparer, nehmen weniger Fläche in Anspruch und stoßen weniger klima- und gesundheitsschädliche Schadstoffe aus", erklärten Gerd Billen vom NABU und Richard Mergner vom BUND. Beide sind Vorstandsmitglieder der Allianz pro Schiene.

Ein Umweltvergleich der Verkehrsträger, den die Allianz pro Schiene durchgeführt hat, zeigt auf, wie groß der Umweltvorsprung der Bahnen im Einzelnen ist. So verursachen Auto und Flugzeug im Personenverkehr bis zu dreimal mehr gesundheitsgefährdende Schadstoffe wie Stickoxide und Russpartikel. In der Umweltkategorie Energieverbrauch sind die Bahnen doppelt so effizient wie PKW und Flugzeug. Darüber hinaus verbraucht die Schiene nur ein Viertel der Fläche, die die Straße beansprucht. Gerd Billen, Geschäftsführer des NABU: "Die Bahnen sind gesünder und sparsamer. Eine nachhaltige Verkehrspolitik muss zudem den Flächenverbrauch stärker beachten. Die Verkehrswege in Deutschland beanspruchen mittlerweile eine Fläche von der Größe Thüringens."



Der LKW schneidet in der Ökobilanz des Verkehrs besonders schlecht ab: LKW verbrauchen für dieselbe Transportleistung viermal mehr Energie als die Bahnen. Dabei stoßen sie 12-mal mehr krebserzeugende Rußpartikel und 5,4-mal mehr klimaschädliche Treibhausgase aus. "Die Bundesregierung wird ihr Klimaschutzziel verfehlen, wenn sie die vorliegenden Umweltdaten des Verkehrs nicht ernst nimmt. Danach muss es heißen: Schiene vor Straße", sagte Richard Mergner, Verkehrsexperte des BUND. Mergner verwies in diesem Zusam-

menhang auf eine Studie des DIW, der zufolge die CO₂-Emissionen des Straßengüterverkehrs bis 2020 um 43% steigen werden.

Der Umweltvergleich der Verkehrsmittel basiert auf Daten und Methoden des Umweltbundesamtes und des Instituts für Energie- und Umweltforschung IFEU. Er steht als Download zur Verfügung unter http://www.allianz-pro-schiene.de/sites/ApS_UmweltschonendMobil_220903.pdf

Positive Umweltbilanz zum Jahresende

[Newsletter Sonnenseite; 04.01.2004] Zum Jahresende noch eine gute Nachricht für die Freunde der "Sonnenseite": "Das Jahr 2003 hat für die Umwelt klare Verbesserungen gebracht", bilanziert die Deutsche Umwelthilfe und zählt auf:

1. Deutschland habe die saubersten Kraftstoffe der Welt, sagte Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch. Mit der Umstellung auf schwefelfreien Kraftstoff werde die Umwelt pro Jahr um 100.000 Tonnen Schwefeldioxid (SO₂) entlastet.
2. Jede zweite Getränkedose seit 2003 durch eine Mehrwegflasche ersetzt worden. Das Pfand auf Einwegverpackungen von Getränken hat sich als positiv ausgewirkt. Die Menge weg-

geworfener Getränkedosen sind um 90 Prozent zurückgegangen.

3. Die Umwelthilfe begrüßt, dass die deutschen Autohersteller Autos künftig mit Rußfilter ausstatten. Bedauerlich sei, dass BMW, Daimler und VW nicht alle Dieselmotoren mit Rußfiltern ausrüsten wollen. Aber da können dann die Käufer über ihren Kauf ein Wort mitreden.

Und noch eine positive Meldung: In Deutschland gehen die Umweltsünden zurück. 2002 wurden laut dem Umweltbundesamt (UBA) » 33.400 Umweldelikte registriert. Das sind rund 4000 weniger als im Jahr 2001. Die Aufklärungsquote liegt mit 63,3 Prozent über der Quote der Gesamtkriminalität. Wer Altöl in Gewässer kippt, Autobatterien im Wald entsorgt, Industriemüll auf Äcker kippt, dem

drohen Freiheitsstrafen von bis zu 10 Jahren. Die Behörden vermuten bei der Umweltkriminalität allerdings eine hohe Dunkelziffer. Wie viele Fälle bekannt würden, so dass UBA, hänge vom Anzeigeverhalten und damit vom Umweltbewusstsein der

Bürger ab.

In der Deutschen Umwelthilfe sind mehr als 20 Umweltverbände sowie ökologische Ärzte - und Kinderschutzverbände organisiert.

Emissionshandel und neue Regeln für Ökostrom beschlossen

[Newsletter Sonnenseite, 21.12.2003] Die Bundesregierung hat neue Förderregeln für Ökostrom und zugleich neue Instrumente für einen effektiveren Klimaschutz auf den Weg gebracht.

Strom aus großen Wasserkraftanlagen, Biomasse und Erdwärme wird künftig stärker gefördert. Die Förderung für Windenergie soll künftig vom Standort abhängig sein und große leistungsfähige Anlagen bevorzugen. Das sieht die am 17. Dezember 2003 beschlossene Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vor.

Zugleich verabschiedete das Kabinett die gesetzlichen Grundlagen für den umstrittenen Handel mit Emissionsrechten für Treibhausgase. Dabei werden ab 2005 EU-weit Kohlendioxid-Verschmutzungszertifikate ver- und gekauft. Firmen, die CO₂ einsparen, können überschüssige Emissionsrechte veräußern. Firmen, die über ihrem Limit liegen, müssen hinzukaufen.

Umweltminister Jürgen Trittin (Grüne) sagte, damit seien zwei wesentliche Gesetze zur Neugestaltung der Energiepolitik in Deutschland» beschlossen worden. Die Bundesregierung will den Anteil der erneuerbaren Energien an der gesamten Stromversorgung von derzeit rund 8 Prozent bis zum Jahr 2010 auf 12,5 Prozent steigern und bis 2020 auf 20 Prozent erhöhen.

Durch den Ausbau alternativer Energien seien bereits 135.000 Arbeitsplätze entstanden, sagte Trittin. Die Branche mache einen Umsatz von rund 10 Milliarden Euro pro Jahr. Das novellierte EEG soll nach den parlamentarischen Beratungen im Frühjahr 2004 in Kraft treten. Mit dem Gesetz werden Stromnetzbetreiber verpflichtet, für Strom aus erneuerbaren Energien einen festgelegten Preis zu zahlen.

Umstritten zwischen Trittin und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) war zunächst die Förderung der Windenergie. Die Vergütung für an Land erzeugtem Strom aus Windenergie soll nun

gesenkt werden. Der Ausbau von Seewind-Anlagen vor der Küste wird dagegen vorangetrieben.

Der Ersatz alter durch neue und leistungsstarke Windkraftanlagen besonders an Küsten wird gefördert. Die Bundesregierung will damit auch den Ärger in Teilen der Bevölkerung über immer mehr Windkraftanlagen dämpfen. Neuere Anlagen produzierten mit der Hälfte der Masten das Zweieinhalbfache an Strom, sagte Trittin. Windschwache Standorte werden von der Vergütung künftig ganz ausgeschlossen.

Die Vergütung für Strom aus Biomasse wird angehoben, besonders wenn er aus Pflanzen oder Gülle gewonnen wird. Damit werden die höheren Kosten beim Einsatz nachwachsender Rohstoffe berücksichtigt. Bei der Photovoltaik verhindert ein Vorschaltgesetz eine Unterbrechung der Förderung, nachdem das 100.000-Dächer-Programm beendet wurde. Der Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) kritisierte das neue EEG wegen seiner vielen Spezialregelungen als zu kompliziert.

Das Kabinett beschloss zugleich die rechtlichen Grundlagen für den EU-weiten Emissionshandel. Daran sollen 2631 Anlagen in Deutschland teilnehmen. Der Zuteilungsplan für die zulässigen CO₂-Emissionen wird derzeit zwischen der Industrie und der Bundesregierung ausgehandelt. Er soll bis zum 1. April 2004 in einem gesonderten Gesetz festgelegt und der EU-Kommission übermittelt werden.

Mit dem Emissionshandel werde es leichter, die Klimaschutz-Ziele zu erreichen, sagte Trittin. Die Bundesregierung muss entsprechend ihrer Zusagen im Kioto-Abkommen bis 2010 ihre Treibhausgas-Emissionen um 21 Prozent gegenüber 1990 senken. Davon sind bereits 19 Prozent erbracht. Trittin sagte, der Emissionshandel bringe Studien zufolge der Industrie im Vergleich zur Selbstverpflichtung eine Kostenentlastung von bis zu 500 Millionen Euro pro Jahr.

Esso-Energieprognose 2003: Energieverbrauch sinkt bis 2020 um 7 Prozent

[<http://www.energieverbraucher.de>, 06.12.2003] Der Ölkonzern Esso hat für eine Energieprognose bis zum Jahr 2020 vorgelegt. Die Studie sieht eine Stagnation des Energieverbrauchs in den nächsten fünf Jahren vorher, danach werde ein geringfügiger Rückgang um 0,5 Prozent einsetzen. Die langfristigen Verbesserungen der Energieeffizienz sollen dazu führen, dass der Energiebedarf nach 2010 deutlich absinkt.

Die Esso-Prognose unterstellt dabei ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von unter 2 Prozent. Die Bevölkerung in Deutschland wird bis zum Ende des Prognosezeitraums um rund 1 Prozent zurückgehen. Esso geht dabei von einem durchschnittlichen Rohölpreis aus, der deutlich unter dem Niveau des Jahres 2003 liegt. Trotzdem werden die Verbraucherpreise weiter steigen, weil die Studie weiter steigende Verbrauchsteuern unterstellt. Schließlich wird langfristig eine Angleichung umwelt- und steuerpolitischer Maßnahmen innerhalb der EU angenommen.

Die Energieeffizienzverbesserungen, die den freiwilligen Selbstverpflichtungen der Industrie, aber auch gesetzgeberischen Maßnahmen wie dem Klimaschutzprogramm der Bundesregierung entstammen, haben Deutschland bereits weltweit in eine Spitzenposition gebracht, die in der Zukunft weiter gehalten wird. Die Energieintensität der deutschen Volkswirtschaft, also der Energieverbrauch bezogen auf das erzeugte Bruttoinlandsprodukt (BIP), nimmt im Prognosezeitraum um 30 Prozent ab. Im internationalen Vergleich steht Deutschland damit als sehr energieeffiziente Volkswirtschaft da.

Energieträgerstruktur

Wesentlichen Einfluss auf die Energieträgerstruktur in Deutschland bis 2020 hat der Studie zufolge der vereinbarte Ausstieg aus der Kernenergie. Auch im Jahr 2020 bleibt das Mineralöl mit 34 Prozent der wichtigste Energieträger. Erdgas folgt dicht auf mit 32 Prozent, während der Kohleanteil zurückgeht. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Energiemix verdoppelt sich wegen der starken Subventionierung. Trotz dieses hohen Wachstums decken die erneuerbaren Energien nur einen Anteil rund 7 Prozent am Gesamtenergieaufkommen im Jahr 2020.

Dass dieser Wert trotz unterstellter massiver Hilfe aus Steuermitteln nicht höher ist, liegt an der mengenmäßigen physischen Begrenzung des Potenzials.

Selbst bei sehr optimistischen Wachstumsraten wird der Beitrag dieser Energien insgesamt nur 34 Millionen Tonnen SKE im Jahr 2020 betragen. Die Zuwächse werden vor allem bei Windenergie zur Stromerzeugung, bei Biomasse und Müll sowie der Solarenergie erwartet.

Sieben Prozent Erneuerbare im weltweiten Vergleich sehr gut

Mit den 7 Prozent Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergiebedarf liegt Deutschland weit über dem Wert, der weltweit für diese Energieträger erwartet wird. Bei weiter anhaltendem Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum wird bis zum Jahr 2020 der Energieverbrauch um 40 Prozent auf 14,3 Milliarden Tonnen Öläquivalent zunehmen.

Über 80 Prozent des Energiebedarfs werden bis dahin nach wie vor von den fossilen Energieträgern getragen werden. Sämtliche sonstigen Energieträger werden auch dann mit rund 2,5 Milliarden Tonnen Öläquivalent nur 17 Prozent des gesamten Weltenergiebedarfs decken. Wind- und Solarenergie, die unter diesen erneuerbaren Energieträgern eine hohe Wachstumsrate haben werden, können nicht mehr als ein halbes Prozent der weltweiten Energienachfrage in 2020 abdecken.

Forschungsprojekt: Emissionsreduzierung durch wirtschaftliche Energietechnologien

Die Esso-Studie folgert daraus, dass die erneuerbaren Energien nicht die Grundlage der zukünftigen Energieversorgung sein können. Darum könnten sie auch nicht die Antwort auf die Forderung nach deutlichen Senkungen der weltweiten CO₂-Emissionen sein.

Deswegen hat die Esso Muttergesellschaft ExxonMobil mit anderen Gesellschaften (General Electric, Schlumberger) zur Gründung eines langfristigen Forschungsprojektes beigetragen. Es soll unter der Führung der renommierten Stanford Universität wirtschaftlich lebensfähige Energietechnologien bei gleichzeitiger deutlicher Reduzierung von Treibhausgasen entwickeln. Dieses "Global Climate and Energy Project GCEP", wird von ExxonMobil mit 100 Millionen Dollar unterstützt.

Ölverbrauch sinkt

In Deutschland werden die Energieeffizienzbemühungen zu einem Rückgang des Ölverbrauchs auf 107 Millionen Tonnen im Jahr 2020 führen, gibt die

Prognose weiter an. Dabei werde der Kraftstoffverbrauch im Straßenverkehr in den nächsten Jahren leicht und nach 2010 deutlich abnehmen.

Entsprechend der veränderten Flottenstruktur der PKW und der weiter zunehmenden Bedeutung des Güterverkehrs sinkt der Verbrauch von Benzin wesentlich stärker als der von Diesel. Mit nur noch 17 Millionen Tonnen im Jahr 2020 wird der Benzinverbrauch 40 Prozent geringer sein als im Jahr 2000. Dieseldieselkraftstoff hingegen sinkt im gleichen Zeitraum nur von 28,9 auf 28 Millionen Tonnen.

Die alternativen Antriebsarten wie Brennstoffzelle, Erdgas, Flüssiggas, Strom bzw. Hybridmotoren werden auch dann lediglich eine Nische im Kraftstoffmarkt besetzen können. Etwa 5 Prozent des Kraftstoffbedarfs im Straßenverkehr werden durch diese Antriebsarten nachgefragt werden. Die Energieeffizienzverbesserung im Raumheizungsbereich trägt dazu bei, dass das leichte Heizöl von 28,5 Millionen Tonnen im Jahre 2002 auf 21 Millionen Tonnen im Jahr 2020 zurückgehen wird. Hierbei spielt auch die Substitution durch Erdgas im Hauswärmebereich eine Rolle.

Erdgas wächst

Die Bedeutung dieses Energieträgers wird langfristig trotz sinkender Energienachfrage zunehmen. Ein kontinuierlicher Anstieg um 40 Prozent auf 146 Millionen Tonnen SKE im Jahr 2020 ist auf die erheblichen Wachstumspotenziale im Kraftwerkssektor zurückzuführen. Naturgas stößt in die Lücke, die der Ausstieg aus der Kernenergie hinterlassen wird, unterstützt durch die staatlich geförderte Kraft-Wärme-Kopplung.

Stein- und Braunkohle werden auch in Zukunft im deutschen Energiemarkt eine Rolle spielen, wenn auch eine geringere als in der Vergangenheit. Reviernah eingesetzte Braunkohle wird zur Stromerzeugung beitragen; bei der eingesetzten Steinkohle wird es sich im Jahr 2020 zu 80 Prozent um Importkohle handeln.

Bei der Kernenergie ist der Energiekonsensvertrag in der Weise berücksichtigt worden, dass für das Jahr 2020 von 4 bis 5 Kraftwerken mit einer Kapazität von etwa 5 Gigawatt ausgegangen wird.

6. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN INTERNATIONAL

US investors seek disclosure of risks from climate change

[Point Carbon 26.11.2003] Acht US Staats- und Stadtschatzmeister und Rechnungsprüfer und zwei große Arbeitspensionskassen forderten die Amerikanische Aktien und Austausch-Kommission (SEK) und Wall Street Firmen auf, offener mit Gefahren umzugehen, die den Kapitalanlegern durch die Klimaveränderung drohen, dazu einen 10 Punkteplan „Call for Action“ vor.

Eight US state and city treasurers and comptrollers and two major labor pension fund leaders called on the U.S. Securities and Exchange Commission (SEC), corporate boards and Wall Street firms to increase corporate disclosure of the risks posed by climate change to investors.

The "call for action" was announced on 21 November as the officials launched an Investor Network on Climate Risk to follow through on their plans. The INCR seeks climate risk disclosure by companies in the oil & gas, electric power, automobile and other sectors.

The announcement was made at the Institutional Investor Summit on Climate Risk held at the United Nations on 21 November. The initial members of the network and signers of the 10-point call for action include treasurers from California, Connecticut, Maine, New Mexico, Oregon and Vermont, plus Comptrollers from New York City and New York State, SEIU National Industry Pension Fund Director Steve Abrecht and CWA/ITA Negotiated Pension Plan Chairman William Boarman.

The summit was organized by CERES, which now acts as the INCR's secretariat and was supported by the UN Fund for International Partnerships, the UN Environment Programme, among others.

New York State Comptroller Alan Hevesi said: "Today, we are taking aim at the SEC for not enforcing key rules on disclosure of environmental issues. We are focusing on corporate boards that come up short on corporate governance by failing to analyze and disclose environmental risks. And

we urge Wall Street fund management firms to develop an analysis of climate change risk for portfolio companies and industries."

The 10-point action plan includes:

1. Calling on the Securities and Exchange Commission (SEC) to enforce corporate disclosure requirements under regulation S-K on material risks such as climate change and to strengthen current disclosure requirements.
2. The SEC to re-interpret or change its proxy rules under Section 14(a)-8 relating to "ordinary business" to recognize that shareholders should have the right to vote on resolutions asking their companies to report on financial risks that may be faced due to climate change.
3. Boards of directors of companies under the principle of "duty of care" to ask corporate management to provide them with information and analysis on the potential financial risk to the company from climate change, and plans to mitigate any risk, and to report this information to shareholders.
4. Companies in sectors that are the major source of greenhouse gas emissions to prepare a report for shareholders with financial analysis on how the company may be affected by regulatory, competitive, legal, and physical impacts of climate change.
5. Companies that are not sources of greenhouse gases, but whose operations may be affected by climate change, to analyze the potential impact of climate change on the company and report the results of that analysis to shareholders.
6. Investment managers to include in their examination of corporations, sectors, and managed funds an analysis of the potential financial impact of climate change.
7. Institutional investors to adopt proxy voting guidelines which support the disclosure of the potential financial risk of companies in which they invest due to climate change and to vote for shareholder resolutions requesting disclosure of this information.
8. The U.S. Congress and the Executive, when developing policies to address ghgs, to assess the future financial impact of climate change on the value of our long-term investments.
9. State governments to assess the potential financial impact of climate change on their states and businesses.
10. The creation of an Investor Network on Climate Risk (INCR).

Richer, stouter, and no happier

[Alex Kirby; BBC News Online environment correspondent] Ein Bericht vom Worldwatch Institute enthüllt, dass ein Viertel der Weltbevölkerung den Lebensstandard von Nordamerika, Europa und Japan erreicht hat. Die Summe, die weltweit für Waren und Dienstleistungen pro Haushalt aufgewendet wird, hat sich seit 1960 vervierfacht und 2000 mehr als \$20 Milliarden erreicht. Trotz der Erhöhung des Lebensstandards haben die Betroffenen eine schlechtere Lebensqualität, wegen zunehmender Fettleibigkeit, chronischem Zeitmangel und Umweltschäden. Diese negativen Aspekte sind Folgen eines übermäßigen Verbrauchs. Das Bericht schlägt die Anwendung neuer Maßnahmen wie der Ökosteuer gegen den übermäßigen Verbrauch vor.

More people are adopting a lifestyle that leaves them dissatisfied and the Earth impoverished, US researchers say. The Worldwatch Institute says more than 25% of the world's people now enjoy the style which used to belong to the rich. But it says

rising obesity and debt, and increasing pressures on time, are reducing many people's quality of life.

In its annual report, Worldwatch says consumers' demands are devouring the natural world unsustainably, leaving the poor less able to meet their needs.

Dedicated to consumption

The latest edition of its annual publication, State Of The World 2004, says about 1.7 billion people have entered "the consumer class", adopting the diets, transport systems and lifestyles formerly the preserve of North America, Europe and Japan.

The amount spent across the world on goods and services by households has quadrupled since 1960, reaching more than \$20 trillion in 2000.

Worldwatch says consumption by the wealthy elites, and increasingly among the middle class as well, has gone beyond satisfying needs to become an end in its own right. It is also rising rapidly in

developing countries, especially in China and India. The report says consumption is not in itself bad. But it says: "Higher levels of obesity and personal debt, chronic time shortages, and a degraded environment are all signs that excessive consumption is

diminishing the quality of life for many people. "The challenge now is to mobilise governments, businesses and citizens to shift their focus away from the unrestrained accumulation of goods, and toward finding ways to ensure a better life for all."

Luxuries and needs

Yearly spending on luxury items:

Make-up:	\$18bn
Perfumes	\$15bn
Ocean cruises	\$14bn
Ice-cream in Europe	\$11 bn

Extra annual funds needed to achieve global goals:

Eliminate hunger	\$19bn
Reproductive health care for all women	\$12bn
Clean water for all	\$10bn
Universal literacy	\$5bn

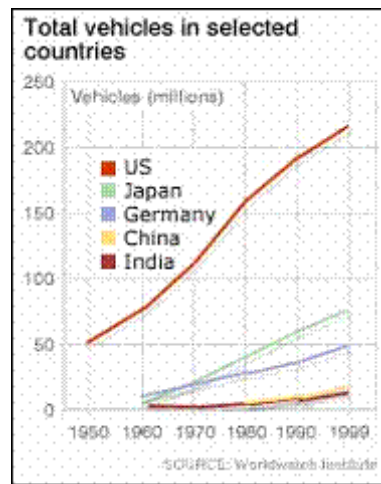
Source: Worldwatch

Reversing the trend

The institute's president, Christopher Flavin, said: "As we enter a new century, this unprecedented consumer appetite is undermining the natural systems we all depend on, and making it even harder for the world's poor to meet their basic needs."

The US has more private vehicles on the road than people licensed to drive them. New houses in the US were 38% bigger in 2000 than in 1975, although average household size had fallen.

Yet only about a third of Americans described



themselves as "very happy", the same share as in 1957 when US citizens were just half as wealthy.

The report says examples of environmental pressures caused by consumers include the loss of forests and wetlands, overfishing, and transport, which uses nearly 30% of world energy and 95% of its oil. Its suggested remedies include green taxes, laws requiring industry to take back life-expired products, making goods which will last longer, and more responsible choices by individual consumers.

„Klimaerwärmung ist ein weit ernsteres Problem für uns als Terrorismus“

[London (dpa)] Der wissenschaftliche Chefberater der britischen Regierung, Sir David King, hat die Klimapolitik der Vereinigten Staaten scharf kritisiert. „Klimaerwärmung ist ein weit ernsteres Problem für uns als Terrorismus“, sagte King dem amerikanischen Wissenschaftsmagazin Science. US-Präsident George W. Bush schaffe es nicht, der Herausforderung des Klimawandels gerecht zu werden. Erst kürzlich hatte der amerikanische Präsident gesagt, der Klimawandel sei noch nicht ausreichend erforscht.

King, Professor für Chemie an der Universität Cambridge, sagte dagegen: „Wir wissen bereits genug über das Problem, um uns einig sein zu können, dass wir uns dringend dem Problem stellen

müssen.“ Es sei ein großer Fehler der Bush-Regierung gewesen, das Klimaschutzprotokoll von Kyoto nicht zu unterzeichnen. Der Präsident vertraue zu sehr darauf, dass der freie Markt Anreize für die Wirtschaft zur Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes schaffe oder die Industrie von sich aus höhere Umweltstandards einführe.

Auch wenn man eine Erwärmung der Erde nicht mehr aufhalten könne, so würden sofortige Gegenmaßnahmen doch die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels noch reduzieren können, sagte King. Man könne das Problem nur gemeinsam lösen: „Der Rest der Welt wartet darauf, dass die USA die Führungsrolle übernehmen. Der Klimawandel ist die größte Bedrohung, der sich die Welt

gegenübersieht“.

Straßenverkehr ist schuld an Treibhausgasmissere

[Newsletter Sonnenseite, 07.12.2003] Die rasante Zunahme des Straßenverkehrs ist verantwortlich dafür, dass die EU ihre Klimaschutzverpflichtungen des Kioto-Protokolls verfehlt. Das ist das Ergebnis einer auf der UN-Klimakonferenz in Mailand vorgestellten Studie der Europäischen Umweltagentur. Demnach wird der Straßenverkehr in 2010 rund 34% mehr Treibhausgase produzieren als in 1990.

Die Allianz pro Schiene forderte deshalb, die Bahn als die klimaschonende Alternative im Verkehr stärker zu fördern. "Ohne eine Verkehrswende zugunsten der Bahn ist unser Klima nicht zu retten", sagte Dirk Flege, der Geschäftsführer des Schienenbündnisses. Nach aktuellen Daten des Umweltbundesamtes verursacht ein PKW 2,3-mal mehr, ein LKW sogar fünfmal mehr klimaschädliches CO₂ als die Bahn.

"Vor allem die deutsche Regierung ist in punkto Klimaschutz jetzt verkehrspolitisch gefordert", betonte Flege. Er forderte die Bundesregierung auf, ihr CO₂-Reduktionsziel bei den laufenden Haushaltsverhandlungen zum Verkehrsetat zu berücksichtigen. Flege: "Kürzungen bei der Schiene tragen letztlich zum Klimakollaps bei." Der auf der 9.

UN-Klimakonferenz vorgestellte Emissionsbericht der EU ist nach Angaben der Europäischen Umweltagentur viel pessimistischer als im Vorjahr, weil Deutschland, das ein Viertel aller CO₂-Gase in der EU verursacht, nun wesentlich höhere Emissionen prognostiziert.

Die Allianz pro Schiene kritisierte außerdem, dass der geplante Emissionshandel den Verkehrssektor nicht einbeziehe und dadurch die Eisenbahnen einseitig zu belasten drohe. Der Grund: Die Stromerzeugung des elektrisch betriebenen Schienenverkehrs ist vom Emissionshandel betroffen, während die Treibhausgase, die der Straßenverkehr bei der Verbrennung von Mineralöl erzeugt, nicht erfasst werden.

Die Allianz pro Schiene forderte die EU auf, alle verkehrsbedingten CO₂-Emissionen in den Emissionshandel einzubeziehen. Flege: "Der begrüßenswerte Emissionshandel konterkariert im Verkehrssektor sein Klimaschutzziel, wenn er ausgerechnet die umweltfreundliche Bahn als einziges Verkehrsmittel belastet." Die EU müsse gerade im Verkehr, der für ein Fünftel aller Treibhausgase in Europa verantwortlich ist, endlich wirksame Klimaschutzmaßnahmen ergreifen.

Großbritannien setzt auf grünen Strom

[News Nachhaltigkeit 04-01] Großbritannien macht ernst mit dem Umstieg auf emissionsarme Energieträger. Ein Anfang Dezember vorgelegter Gesetzentwurf ("Energy Bill") konkretisiert die Ziele des so genannten Energy White Paper vom Februar 2003, das vorsieht, dass bis zum Jahr 2010 mindestens zehn Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen stammen sollen. Bis 2020 soll dieser Anteil auf 20 Prozent steigen, bis 2050 will Großbritannien seine nationalen Kohlendioxid-Emissionen um 60 Prozent reduzieren. Außerdem sieht das White Paper eine sichere und zuverlässige Energieversorgung, mehr Wettbewerb auf den Märkten und einheitliche Energiepreise vor.

Herzstück des Energy Bill, der diese Ziele umset-

zen soll, ist einerseits die gezielte Förderung von Off-Shore-Windkraftanlagen und von Gezeiten- und Strömungs-Kraftwerken zur Stromerzeugung. So veröffentlichte die Regierung Mitte Dezember Pläne für 15 große Off-Shore-Windparks, die bis zum Ende des Jahrzehnts Strom für rund ein Sechstel der britischen Haushalte liefern sollen. Andererseits wurde mit der Gründung der "Nuclear Decommissioning Authority" die Zuständigkeit für die Sanierung alter Kernkraftwerksstandorte und die Entsorgung des atomaren Abfalls in einer neuen Organisation gebündelt. Sie soll nach Angaben des Energieministeriums eine effiziente Sanierung und sichere Abfallentsorgung garantieren.

7. BUCHVORSTELLUNG

Metzgers Machtkalkül zur Gemeinwohlorientierung

[Dr. Hans-Jochen Luhmann; Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie] Der Autor, wiewohl in der Schweiz geboren, ist Schwabe, aus Bad Schussenried. Das erklärt vieles. Im Jahre 1986 haben die Grünen den Juristen, der zu diesem Zeitpunkt kein Mitglied ihrer Partei war, auf Platz 8 der Landesliste in Baden-Württemberg gesetzt. In der Folge dieser Entscheidung hat er die Grünen seit 1988 im Deutschen Bundestag und in den Jahren 1994 bis 2002 in dessen Haushaltsausschuss vertreten. Für die Wahl 2002 hat er den Kampf um einen ‚sicheren‘ Listenplatz verloren. Er hat daraufhin auf jegliche Kandidatur verzichtet und ist aus dem Berliner Parlament ausgeschieden. Metzger strebt eine Rückkehr in den Bundestag an und präpariert zu diesem Zweck sowohl die Programmatik einer „nachhaltigen Finanzpolitik“ als auch sein persönliches Image. Beiden Zielen dient sein Buch.

Sein Machtkonzept erscheint auf den ersten Blick paradox: Es besteht in der programmatischen Profilierung zugunsten der kommenden Generationen, also einer Nicht-Wählerschaft. Da die Zukunft durch Raubbau an der Umwelt und durch Verschiebung finanzieller Lasten strukturgleich ausgebeutet werden kann, ist zu erwarten, dass gegen sie vergleichbare Maßnahmen zu helfen vermögen. Deshalb könnte seine Reflexion seines Machtkonzepts für Leser dieser Zeitschrift von Interesse sein.

Metzger ist selbstkritisch genug, um den Gratwanderungscharakter seiner Strategie, die Person wie Sache zugleich dienen soll und muss, zu sehen und einzuräumen. In der letzten Phase seiner Bundestagszeit habe er auf die Strategie der sog. ‚parasitären Publizität‘ gesetzt. D.h. eine Publizität, die eine Person wegen der Profilierung gegen (den mainstream) seine(r) Partei (medien-)bekannt macht. Gerhard Schröder und Joschka Fischer haben sich dieser Strategie bedient; aber auch Heiner Geissler. Bei letzterem hat das ins (macht)politische Abseits geführt. Eine Geissler-Karriere bzw. dessen Schicksal sagen ihm, wie er bekennt, manche Auguren voraus. Inhaltliche Brillanz schützt davor nicht – im Gegenteil.

Schlüsselgeschehen bzw. -erlebnis ist für Metzger die Blockade-Politik zur Steuerpolitik der Union, die Oskar Lafontaine als SPD-Parteivorsitzender im Jahr 1997 mittels der Lager-Mehrheit im Bundesrat konzipiert hatte. Die Grünen besaßen damals, dank Christine Scheel, über ein eigenes Steuerkonzept – im Gegensatz zur SPD. Sie verfügten also über eine Profilierungsoption. Damit hatten die Grünen prinzipiell die Möglichkeit, im Vermittlungsausschuss einem Reformkonzept, einer grün modifizierten Fassung der Petersberger Steuerbeschlüsse, zum Durchbruch zu verhelfen. Sie taten es nicht. In der Folge verloren die Grünen reihenweise Landtags- und Kommunalwahlen. Auch bei der Bundestagswahl 1998 verloren sie Stimmen (Rückgang um 8 Prozent relativ zu 1994) – doch sie gewannen mit dieser Strategie die Machtteilhabe auf der Ebene des Bundes. Metzgers Resümee:

„Machtpolitisch bewies die Bundestagswahl 1998, dass Joschka Fischers Spekulation auf den Posten des Außenministers einer Rot-Grün geführten Bundesregierung aufging. Bei einer mit Grüner Unterstützung erfolgreichen Petersberger Steuerreformgesetzgebung wäre daraus mit Sicherheit nichts geworden.“ (S.26)

Das ist ein kritisches Urteil über seine eigene damalige Position – es wäre noch überzeugender, wenn Metzger sich den Seitenhieb auf Fischers persönliche Ambition verwehrt hätte, geht sein eigenes Konzept doch ebenfalls von der Notwendigkeit der Gleichheit von persönlichem und sachlichem Machtinteresse aus. Vorausgegangen war der Entscheidung im Vermittlungsausschuss jedenfalls eine Debatte der Realo-Grünen im Bundestag am Abend zuvor. Metzger „plädierte pointiert für eine vermittelnde Strategie jenseits der SPD-Blockade.“ (25) Er habe darauf hingewiesen, dass die Grünen mit einer solchen, „das Interesse des Landes über das Parteiinteresse“ stellenden Strategie „bei den kommenden Wahlen punkten könnten.“ (26) Fischer setzte die Lagersicht dagegen, er stellte fest, man müsse „Seite an Seite mit der SPD streiten.

(Metzger) hingegen würde nur einer Schwarz-Grünen Liaison das Wort reden.“ (26) Metzgers Resümee: „Fischers machiavellistische Nase hatte ... die richtige Witterung aufgenommen, aber um den Preis der zunehmenden Nibelungentreue zur SPD.“ (27)

Über den Wortlaut der Analyse des Autors selbst hinausgehend kann man zusammenfassend das Folgende als Metzgers Überzeugung feststellen. Ausgangspunkt ist, dass kleine Parteien über eine Profilierungsoption jenseits der klientelpolitischen Orientierung verfügen, die sie und nur sie, und nicht die großen Parteien, haben. Sofern kleine Parteien sich hinsichtlich des Gemeinwohls profilieren, so existiert ein bemerkenswertes ‚Gesetz‘, ein verheißungsvoller trade-off: (1) Gemeinwohlorientierung führt zu Stimmengewinnen auf allen Ebenen, bei Bund, Ländern und Kommunen – auf unteren Ebenen, wo die Mehrzahl der Mandatsträger einer Partei sitzt, also der Zahl nach zu mehr Mandaten als an der Spitze, im Bund. (2) Priorisierung der Gemeinwohlorientierung wird auf Bundesebene jedoch als Verstoß gegen den Grundsatz der Solidarität, die Lagerorientierung, wahrgenommen und führt zur Minderung der Chancen auf Machtteilhabe auf Dauer an der Spitze, auf Ebene des Bundes (mit seinen allerdings relativ geringen Mandatszahlen). Die Repräsentationzahlen, ausgedrückt in Mandaten pro 1 Mio ‚Bürger‘ (= Wohnbevölkerung abzgl. Ausländer im staatsbürgerrechtlichen Sinne, in Summe 75 Mio in 2001), lauten: Bund: 8 pro Mio; Länder: 25 pro Mio; Kommunen: etwa 220 pro Mio. Die Relation stellt sich somit auf etwa 1 : 3 : 30.

Die Konsequenz aus dieser Beobachtung? Der Au-

tor selbst zieht keine – außer der, dass er daraus Vertrauen für seinen persönlichen Einsatz und dessen Erfolg ableitet. Der Pfiff der Beobachtung ist damit aber m.E. nicht ausgeschöpft. Verheißungsvoll könnte dieser trade-off im Hinblick auf die Willensbildung einer Partei im Mehrebenenensystem sein, wenn diese von den innerparteilichen Mehrheitsverhältnissen abhängt und sie Mandatsträger auf sämtlichen Ebenen des föderalen Staates hat bzw. zumindest solche mit Aspirationen darauf. Die oben angegebenen Relationen bedeuten, dass im Prinzip, also Chancengleichheit auf allen drei Ebenen unterstellt, die (potentiellen) Mandatsträger der beiden unteren Ebenen, von Ländern und Kommunen, ausgedrückt in Repräsentanz durch Anteile von Abgeordneten pro Bürger, eine überaus deutliche Mehrheit besitzen. Wenn Parteimitglieder so funktionieren würden, wie die ökonomische Theorie es sich vorstellt, dass jedes nur sein eigenes, als eng unterstelltes Interesse verfolgt, dann könnte man aus dieser Ungleichheit der Repräsentanz eine gemeinwohlorientierte Strategie mit Aussicht auf innerparteilichen Erfolg ableiten.

Doch das dürfte eine eher theoretische Spekulation sein – auch Parteien funktionieren nicht rein ökonomisch, auch dort sind Menschen in Beziehungen, haben sphärenübergreifende Aspirationen, auch sie sind eben keine homines oeconomici. Dennoch ist Metzger Erfolg zu wünschen. Sein Buch erweckt Sympathie.

Kontakt: Dr. Hans-Jochen Luhmann, Wuppertal Institut; <mailto:j.luhmann@wupperinst.org>

Metzger, Oswald: Einspruch! Wider den organisierten Staatsbankrott. München: Riemann 2003, 253 S., 19,00 €

8. BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER

„Anmerkungen zum Leitartikel im letzten Newsletter:

1. Im Leitantrag kommt der Begriff "sozial-ökologische Marktwirtschaft" m.W. nicht vor. (S. den Parteitagbeschluss; anbei) 2. Eine Debatte, in der es derart akzentuiert um die Entscheidung zwischen ökosozialer Marktwirtschaft, demokratischem Sozialismus und s.-ö- M. geht, wurde und wird weder beim Parteitag noch außerhalb geführt. 3. Von wem das m.E. fälschlich Erhard Eppler zu-

geschriebene Zitat stammt, wäre zu klären. 4. In Bochum wurde weder Erhard Eppler noch überhaupt ein Bundesgeschäftsführer gewählt.“ (H.S.)

„Lieber H.S., wir hatten eigentlich gehofft, dass jeder Leser sofort erkennt, dass all die in der Glosse aufgeführten nachrichten "phoney" sind - schiere Erfindung also. Gerade der Hinweis auf die Wahl von Erhard Eppler (!) sollte auch dem flüchtigsten Leser deutlich machen, dass es sich um Satire handelte. Wir freuen uns aber, dass sie zu den ganz

wenigen und besonders treuen Lesern gehören, die jedes von uns kommende Wort für die Wahrheit und nichts als die Wahrheit halten.

Nichts für ungut also, wenn sie Opfer eines Missverständnisses wurden, Anselm Görres“

„Für die regelmäßige Zusendung möchte ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken. Ich freue mich auf die nächsten Sendungen, werde aber natürlich - wenn die aktive Zeit ganz zu Ende geht, mein Abo entsprechend bei Ihnen dann abbestellen. Mit freundlichen Grüßen F.W.“

„Sehr geehrter Herr Schlegelmilch, Im letzten Newsletter schreiben Sie: "Die Gegenargumente sind hinlänglich bekannt und brauchen daher an dieser Stelle nicht näher aufgeführt werden." Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Ich nehme an, dass die FÖS-Leser die ÖSR bereits unterstützen, so dass Sie bei den meisten offene Türen einrennen. Wenn man jedoch Innovationen verbreiten will, sollte man sich zunächst auf die Gruppe der "Bekehrten" konzentrieren und sie mit den Argumenten der Gegner konfrontieren, damit sie eigenständig der gegnerischen Kritik begegnen lernt.

Wenn ich recht habe, dass Sie die meisten Ihrer Newsletter-Leser von den Vorteilen der ÖSR nicht mehr überzeugen müssen, dann sollten Sie im Newsletter zur nächsten Phase übergehen und genau das tun, was Sie übersprungen haben: Uns mit den Gegenargumenten konfrontieren - und mit Ihren Entgegnungen.“ (C.M.)

„Sehr geehrter Herr Morris, vielen Dank für Ihr Schreiben. In der Tat sind die Gegenargumente und die Erwiderung darauf ein ganz wichtiger Bestandteil der anlaufenden Diskussion in der Schweiz. Ich habe meinen Bericht jedoch lediglich aus der Sicht eines Außenstehenden geschrieben. Daher bitte ich um Verständnis, wenn eine wie von Ihnen gewünschte Darstellung am besten von SchweizerInnen kommen sollte. Sie sind am direktesten in die Diskussionen in der Schweiz involviert und es stünde mir kaum zu, die Schweizer Spezifitäten der Diskussion und Argumentation aufzeigen und widerlegen zu wollen.

Aber vielleicht ergibt sich hieraus ja eine weitere Kooperation mit den SchweizerInnen zur ÖSR, die auch die für 2004 gemäß Koalitionsvereinbarung

anstehende Debatte zur Fortentwicklung der Ökologischen Steuerreform in Deutschland möglicherweise befördern könnte.

In jedem Fall aber dürften einige Argumente, die in meinem Artikel aufgeführt sind, auch helfen, um als Erwiderung auf Gegenargumente verwendet zu werden.

Mit freundlichen Grüßen, Kai Schlegelmilch“

„Sehr geehrter Herr Görres, bei allem Respekt für Ihre Arbeit und Ihr Engagement - ich lese Ihren Newsletter regelmäßig, um in Sachen Ökosteuer auf dem neuesten Stand über die Entwicklungen zu sein - bin ich über Ihren Weihnachtsgruß sehr enttäuscht! Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen - genau das ist die christliche Botschaft des Weihnachtsfestes. Und das hat nun wirklich gar nichts mit Steuern oder monetären Dingen zu tun. Den Grad zwischen Säkularisierung bzw. kritischer Distanz und Religionsverachtung haben Sie hier eindeutig überschritten - für nichts! Auch wenn Christen Hohn und Spott in dieser Gesellschaft gewohnt sind: In meinen Augen ein kränkelnder und völlig überflüssiger Fauxpas, der dem Ansehen Ihrer Person sowie Ihrer Sache schadet.“ (M.P.)

„Ihr Leserbrief zeigt mir, dass der letzte Absatz des Briefs wohl etwas missverständlich geriet. Mir ging es keineswegs darum, die christliche Weihnachtsbotschaft zu missbrauchen, im Gegenteil. Eigentlich wollte ich ganz zart andeuten, dass es vielen, die sich für die Ökosteuer engagieren, ob beim FÖS oder anderswo, im Herzen um die Erhaltung der Schöpfung geht. Also um ein Weltverständnis, das Welt und Natur als Geschenk Gottes begreift, und von daher die Energie für den Kampf um Nachhaltigkeit bezieht. Zugleich bezog sich mein Argument darauf, dass vernünftiger Umgang mit Ressourcen auch Kriege vermeidet, und dass wir die Natur auch deshalb schützen, weil sie uns durch ihre Würde, Schönheit und Lieblichkeit Wohlgefallen verschafft. Schade, wenn Sie dies alles missverstanden haben - war wirklich nicht so gemeint!

Mit den besten Weihnachtsgrüßen Anselm Görres“

„Herzlichen Dank für Ihre Antwort! Ja, Sie haben Recht, da habe ich Sie wohl missverstanden. Vielleicht liegt es auch daran, dass mit dem Weihnachtsfest einfach zuviel "Schindluder" an anderen

Stellen getrieben und man so sensibilisiert wird. Sie haben sicherlich Recht, es gibt eine Reihe von Menschen, die aus einem christlichen Selbstverständnis heraus zum Engagement für die Schöpfung finden. Gestatten Sie mir dazu ein Zitat von Reinhold Schneider: "Wir können die Schöpfung nur achten, indem wir uns vor dem Schöpfer verneigen."

Sie merken schon, auch mich treibt der "Schöpfungsgedanke" an. Nun arbeite ich in der Industrie und nicht in einer NGO oder staatlichen Einrichtung. Aber auch und gerade hier lässt sich, da bin ich sicher, einiges für den Erhalt der Schöpfung bewegen!" (M.P.)

9. JOBS

FÖS sucht Trainee

Der Förderverein Ökologische Steuerreform setzt sich für die Weiterführung und Optimierung der Ökologischen Steuer- und Finanzreform ein.

Wir suchen einen Trainee, der uns bei der Führung der Geschäftsstelle und allen dabei anfallenden Arbeiten unterstützt und auch eigene Projekte durchführt.

Dieses Jahr wird ein Schwerpunkt unserer Arbeit die Lobbyarbeit für die Weiterführung der Ökologischen Steuerreform sein (Seminare organisieren, Kamingsgespräche mit Politikern, Konferenzen...). Außerdem geben wir monatlich einen deutschen und zweimonatlich einen englischen Newsletter heraus.

Wir bieten eine lockere Arbeitsatmosphäre in einem jungen Team und eine abwechslungsreiche Tätigkeit mit direktem Bezug zur politischen Diskussion.

Voraussetzung sind ein Hochschulabschluss Volkswirtschaft oder ein vergleichbarer Abschluss, insbesondere Kenntnisse der Ökologischen Steuer- und Finanzreform, Interesse an Vereinsarbeit, Fähigkeit zu selbständiger Arbeit, gute englische Sprachkenntnisse sowie gute Computerkenntnisse (MS Office, Internet).

Die Stelle ist vergütet mit 800 €/ Monat und zunächst befristet auf ein Jahr (Verlängerung möglich).

Bewerbungen bitte mit allen üblichen Unterlagen und Zeugnissen bis zum 29.02.2004 an:

Förderverein Ökologische Steuerreform e.V., z.H. Fr. Andrea Kuss, Briener Str. 44, 80333 München
Die Vorstellungsgespräche finden Anfang März statt, Stellenantritt zum 01.04.2004

Fachkraft für Umweltmanagement und Schutz natürlicher Ressourcen

Land & Standort: Benin (Cotonou)

Das Vorhaben: Schutz und Management natürlicher Ressourcen mit dem Ziel der Steigerung der Wertschöpfung aus der nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen im ländlichen Raum

Ihre Aufgabe: Sie beraten das beninische Umweltministerium beim Aufbau eines Umweltinformations- und Umweltmonitoringsystems, bei der nationalen Umweltberichterstattung und der Raumordnungsplanung. Sie qualifizieren das Umweltministerium für die Erarbeitung der nationalen Berichte für die Umweltkonventionen (Desertifikation, BioDiversität u.a.) und beraten den Partner bei den Verhandlungen der internationalen Vertragsstaatenkonferenzen.

Darüber hinaus sind Sie mit Aufgaben des Wissensmanagements betraut, die die Aufbereitung der Umsetzungserfahrungen beinhaltet, die für die nationale Ebene in Wert zu setzen sind.

Ihre Qualifikationen: Als Wirtschafts-, Sozial-, Umweltwissenschaftler/in oder Geograph/in verfügen Sie über Kenntnisse und Erfahrungen im Bereich des Umweltmanagements, dem Aufbau von Umweltinformationssystemen, der Institutionenentwicklung im Umweltbereich und des Projektmanagements. Sie kennen sich aus im Umwelt- und Naturschutz und bringen Beratungserfahrung auf Meso- und Makroebene mit. Inhalte sowohl schriftlich als auch mündlich klar und kundenorientiert zu vermitteln ist für Sie selbstverständlich. Ihre Französischkenntnisse sind verhandlungssicher.

Einsatzzeitraum: Januar 2004 bis März 2007

Hinweise: Der Einsatz ist mit regelmäßiger Reise-tätigkeit in die Departments bei einfachen Unter-kunftsmöglichkeiten verbunden.

Kontakt: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH; Frau Irene Calma-no; Postfach 5180; 65726 Eschborn; <mailto:Irene.Calmano@gtz.de>; Telefon: 0049-6196/79-3336

dezem GmbH sucht Unterstützung

Wir haben in 2003 unsere ersten tollen, großen Pro-jekte realisiert, große Technologieschritte tun kön-nen und vor allem haben wir für 2004 wieder ganz viel vor. Im Kernteam sind wir aber nur drei Leute und das reicht definitiv nicht. Wer also Spaß am Aufbaustress und vor allem an vielfältigsten techni-schen Aufgaben (Soft- und Hardware, Projekte auf-setzen, Energieeinsparpotenziale finden usw.) hat, der möge sich bitte baldmöglichst melden.

Es geht uns um die technologische Schaffung und die CO₂-mindernde Nutzung von radikaler Transpa-renz in allen Energie- und Stoffflüssen. Nebenbei soll dabei ein tolles Unternehmen entstehen bzw. weiter wachsen.

Stichworte: breiter Zugang zu Energieprofilen per Internet, Echtzeit, alle Verbrauchsebenen von riesig bis winzig, alle leitungsgebundenen Medien

Ein naturwissenschaftlich/technischer Background ist zwar optimal, aber bei entsprechendem Interesse nicht unbedingt zwingend.

<http://www.dezem.de>

"Stopp Steuerflucht"

Hintergrund des Projekts: Share e.V. ist Teil des Projekt-Konsortiums "Making financial markets for development", das von der Europäischen Union im Rahmen des "Programmes to Raise Public Awareness of Development Issues" gefördert wird. Unser Projekt umfasst Themen wie die Tobinsteuer, Kapitalflüsse in Entwicklungsländer, Entwicklungsfi-nanzierung, Finanzdienstleistungen, Globale Steu-ern, Wechselkursregime, Internationales Insolvenz-verfahren für Staaten und Steuerflucht. Die hier ausgeschriebene Stelle dient der Bearbeitung des Projektbausteins "Steuerflucht". Ziel des Gesamt-projektes ist es die Zusammenhänge zwischen Ent-wicklungschancen für den Süden und der Globali-sierung der Finanzmärkte in die deutsche Öffent-

lichkeit zu transportieren und Druck für Verände-rungen zu machen.

Aufgabengebiet: Vorgesehen sind im Bereich "Steuerflucht" eine Reihe von Projekten, die in Zu-sammenarbeit mit ehrenamtlichen MitarbeiterInnen bearbeitet werden:

- Beobachtung von EU, OECD, UN und IWF-Aktivitäten im Bereich der Regulierung von Steuerflucht & Offshore-Zentren
- Beobachtung von transnationalen Unternehmen mit Hauptsitz in Deutschland in Bezug auf ihr Verhalten als Steuerzahler in Sonderwirtschafts-zonen und in Entwicklungsländern im allgemei-nen.
- Konferenz zu Steuerflucht & Steuerwettbewerb
- Erstellung von Kampagnenmaterial zu Steuer-flucht & Steueroasen (Broschüren, Faltblätter, Poster, usw.)
- Vortragsaktivitäten zum Thema "Steuerflucht"
- Presse- und Lobbyarbeit im Rahmen des Pro-jekts
- Internationale Vernetzung im Rahmen des "Global tax justice network" (<http://www.taxjustice.net>)

Umfang & Bezahlung: 20 Std./Woche in Anleh-nung an BAT III.

Dauer: Arbeitsbeginn ist Verhandlungssache. Op-timal wäre der 1.3.2004. Die Stelle ist durch die Europäische Union bis Ende 2006 finanziert. Eine Fortsetzung wird angestrebt.

Voraussetzungen: Wir wünschen uns eine/n Mit-arbeiter/in mit soliden Kenntnissen in Volkswirt-schaft oder politischer Ökonomie. Ein abgeschlos-senes Hochschulstudium, möglichst in einem wirt-schaftswissenschaftlichen Fach, wird vorausgesetzt. Gute Kenntnisse des Englischen sind notwendig.

Arbeitsort: das Ökologische Zentrum in Ver-den/Aller (<http://www.oekozentrum.org>).

Vorstellungsgespräche: am 10. Februar in Ver-den/Aller

Nachfragen: bitte per E-mail an Sven Giegold, <mailto:giegold@attac.de>

Bewerbungen: Bitte bis zum 31.1.2004 mit allen üblichen Unterlagen und Zeugnissen an: Share e.V.; z.H. Sven Giegold; Artilleriestr. 6; D-27283 Verden/Aller

Rechtsreferendarinnen / Rechtsreferendaren: Wahlstationen im Rahmen des juristischen Vorbereitungsdienstes

Im BMU besteht grundsätzlich die Möglichkeit, im Rahmen des juristischen Vorbereitungsdienstes eine mindestens dreimonatige Ausbildungsstation abzuleisten.

Derzeit ist ein besonderes Interesse an der Mitarbeit von Rechtsreferendarinnen/Rechtsreferendaren

- im Referat G II 6 "Internationale Rechtsangelegenheiten" - Dienstsitz Berlin. Aufgabenschwerpunkte stellen die Begutachtung völkerrechtlicher Fragestellungen und die grundlegende, praxisorientierte Analyse von Querschnittsfragen des Umweltvölkerrechts dar,
- im Referat N I 5 "Recht des Naturschutzes und der Landschaftspflege" - Dienstsitz Bonn. Aufgabenschwerpunkte sind hier insbesondere die Bearbeitung von Rechts- und Verwaltungsfragen des Naturschutzes (Bundesnaturschutzgesetz, FFH-Richtlinie, Vogelschutzrichtlinie).

Rechtsreferendare/Rechtsreferendarinnen, die Interesse an der Ableistung einer Ausbildungsstation im BMU haben, sollten folgende Voraussetzungen erfüllen:

- erstes juristisches Staatsexamen mit Prädikat,

- Grundkenntnisse des Umweltrechts und der Umweltpolitik,
- Interesse an der Arbeit an der Nahtstelle zwischen Recht und Politik,
- mindestens gute aktive und passive Englischkenntnisse,
- für die Ableistung der Ausbildungsstation im Referat G II 6 zusätzlich nachweisbare vertiefte Kenntnisse im Völkerrecht mit seinen Bezügen zum Europa- und Verfassungsrecht,
- für die Ausbildungsstation im Referat N I 5 ausgeprägte Kenntnisse im nationalen öffentlichen Recht.

Anfragen mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; - Personalreferat - ; z. Hd. Herrn Janssen; Postfach 12 06 29; 53048 Bonn. Fachliche Anfragen zu einer Ausbildungsstation in den Referaten G II 6 und N I 5 können jeweils auch unmittelbar per Email gerichtet werden an Herrn Lindemann, Referat G II 6 "Internationale Rechtsangelegenheiten"

(<mailto:christian.lindemann@bmu.bund.de>) oder an Herrn Dr. Lütkes, Referat N I 5 "Recht des Naturschutzes und der Landschaftspflege" (<mailto:stefan.luetkes@bmu.bund.de>)

10. LINKS UND PUBLIKATIONEN

Ab sofort im Internet: Umweltforschungsplan 2004

[Newsletter Sonnenseite; 11.01.2004] Die geplanten Projekte des Umweltbundesamtes (UBA) für den Umweltforschungsplan 2004 (UFOPLAN 2004) des Bundesumweltministeriums (BMU) stehen jetzt im Internet. Unter der Adresse <http://umweltbundesamt.de> sind 60 Forschungsprojekte zu umweltrelevanten Themen aufgeführt, die im Jahr 2004 starten sollen.

Angegeben sind das Thema, die Kennzahl sowie das betreuende Fachgebiet im UBA. Institutionen oder Firmen, die eines oder mehrere Forschungsprojekte bearbeiten möchten, können ihr Interesse bis 31. Januar 2004 beim UBA, Sekretariat Z 1.6, Postfach 33 00 22, 14191 Berlin, anmelden.

Interessenten sollten angeben:

- das Forschungsthema aus der Übersicht, die Forschungskennzahl (FKZ) und das Fachgebiet (FG),
- die Fachkunde und Leistungsfähigkeit für das zu bearbeitende Thema, zum Beispiel bisherige einschlägige Arbeiten oder wissenschaftliche Veröffentlichungen,
- die personelle und technische Kapazität sowie gegebenenfalls das Eigeninteresse und die Finanzierungsbeteiligung.

Wichtig: Die Interessenbekundungen sind für jedes einzelne Projekt getrennt einzureichen. Sie werden von den Fachgebieten im UBA ausgewertet und gegebenenfalls in einem Wettbewerbsverfahren berücksichtigt. Die Aufnahme eines Projektes in den UFOPLAN 2004 bedeutet noch nicht, dass dieses auch im Laufe des Jahres 2004 tatsächlich vergeben

wird. Werden Interessenbekundungen nicht berücksichtigt, erfolgt keine Absage seitens des UBA.

Tagungsband zu dem 3. Expertenforum im Projekt NIK

Am 25.11.2003 fand das 3. Expertenforum im Projekt "Nachhaltigkeit in der Informations- und Kommunikationstechnik" in Berlin statt. Hier wurden u. a. die Ergebnisse des Projektes, Roadmaps für die Bereiche "Displays", "Mobile Kommunikation" und "Öffentliche Beschaffung", präsentiert und diskutiert.

Der Tagungsband und weitere Infos zu dieser Veranstaltung sind ab sofort unter <http://www.roadmap-it.de/veranst.htm> abrufbar.

Neues Internetportal zur Windenergie

Der Bundesverband WindEnergie hat ein neues Informationsportal im Internet eingerichtet. Auf der Seite werden Hintergrundinformationen zur Windenergie angeboten, der Leser findet Stellungnahmen aus Wirtschaft und Politik, aktuelle Nachrichten zum Stand der Diskussionen um das Erneuerbare-Energien-Gesetz und Gastkommentare bekannter Persönlichkeiten.

Die Web-Seiten finden Sie unter <http://www.eeg-aktuell.de>

„Globale Energiecharta für eine nachhaltige Entwicklung“

Die ISEO (International Sustainable Energy Organisation for Renewable Energy and Energy Efficiency) hat die „Globale Energiecharta für nachhaltige Entwicklung“ veröffentlicht, um den Beitrag der Erneuerbaren Energien zur ökonomischen und sozialen Entwicklung weltweit zu beschleunigen und zu erweitern. Diese Charta könnte ein Rahmen für eine Weltenergiestrategie sein. Diese Weltenergiestrategie würde internationale, regionale und nationale Programme für harmonische und nachhaltige ökonomische und soziale Entwicklung vereinen. Die ISEO schlägt vor, dass die Grundsätze der Charta von den Vereinten Nationen entweder als Grundlage für eine internationale Versammlung, als Protokoll zur Internationalen Rahmenvereinbarung über Klimaveränderung oder als internationale Erklärung adoptiert würden. Sie schlägt auch vor, dass die Nationalregierungen die Charta in die in-

ländische Gesetzgebung übernehmen.

Die Charta: <http://www.uniseo.org/echarter.html>

Weitere Informationen über ISEO: <http://www.uniseo.org>

Über Kioto hinaus denken – Klimaschutzstrategien für das 21. Jahrhundert

WBGU, Berlin 2003; 87 Seiten, 4 Tabellen, 24 farbige Abbildungen, Klebebindung; ISBN 3-936191-03-4

Der globale Klimawandel ist eine Bedrohung, deren erste negative Auswirkungen auf Mensch und Natur bereits heute zu spüren sind. Aufgrund der Trägheit des Klimasystems wird sich diese Entwicklung nicht mehr gänzlich verhindern lassen. Noch können allerdings durch Zusammenarbeit der Staatengemeinschaft und durch nationale Anstrengungen die CO₂-Konzentration stabilisiert und so die schwerwiegendsten Klimawirkungen verhindert werden. Daher wird die Ausgestaltung des internationalen Klimaregimes eine drängende Aufgabe für die Politik der nächsten Jahrzehnte bleiben. Der WBGU gibt mit diesem Sondergutachten Empfehlungen für künftige Verhandlungen im Rahmen der Klimarahmenkonvention (UNFCCC), insbesondere des Kioto-Protokolls. Drei Fragen stehen dabei im Mittelpunkt:

- Was ist eine "gefährliche Klimaänderung" im Sinne des Artikels 2 UNFCCC?
- Welche sozioökonomisch und technologisch möglichen Pfade zur Vermeidung einer solchen gefährlichen Klimaänderung stehen zur Verfügung?
- Wie können dabei alle Länder auf gerechte Weise in die Reduktionspflichten eingebunden werden?

Dazu muss der Blick weit über den Zeithorizont des zweiten Verpflichtungszeitraums des Kioto-Protokolls (nach 2012) hinausreichen, da eine Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen auf einem tolerablen Niveau nur mit einer langfristigen, ehrgeizigen Minderung der Treibhausgasemissionen erreichbar ist. Das Gutachten konzentriert sich auf die Potenziale zur Minderung der Emissionen von Kohlendioxid als wichtigstem anthropogenen Treibhausgas. Dabei werden zum einen die ökonomischen und technologischen Minderungspotenziale von Emissionen, zum anderen die Bedeutung biologischer Kohlenstoffsinken und die Möglich-

keiten zu ihrem Erhalt untersucht. Schließlich werden konkrete Empfehlungen zur Ausgestaltung der politischen und ökonomischen Instrumente im zweiten Verpflichtungszeitraum des Kioto-Protokolls abgeleitet.

Unentgeltlich in der Geschäftsstelle WBGU; Reichpietschufer 60-62, 8. OG; D-10785 Berlin erhältlich

Tel: 030 263948 0; <mailto:wbg@wbg.de>

11. VERANSTALTUNGEN

08.02.2004; Berlin: Umweltkonferenz 2004 - Neue Infrastrukturen für die Um- welt

In den kommenden Jahren werden Milliarden Euro in die Modernisierung unserer Infrastrukturen fließen: in Strom-, Gas-, Wasser- und Verkehrsnetze sowie in Kraftwerke, Wasserwerke und Abfallbehandlungsanlagen. Mit diesen notwendigen Erneuerungsinvestitionen steht das „Fenster der Möglichkeiten“ für eine nachhaltige Entwicklung weit auf. Wir plädieren für eine Neuausrichtung der Infrastrukturpolitik entlang der Prinzipien Dezentralität und Vernetzung, Kreislaufführung und Umweltfreundlichkeit. Wir setzen auf die intelligente Erneuerung unserer Infrastrukturen, um den gesellschaftlichen Bedürfnissen und den ökologischen Erfordernissen gleichermaßen gerecht zu werden.

Im Rahmen der Konferenz werden wir darüber diskutieren, welche Infrastrukturen eine zukunftsfähige Gesellschaft braucht und welche Rolle hierbei privaten und öffentlichen Akteuren zukommt. Plenum und Foren sind folgenden Schwerpunkten gewidmet:

- Elektrizitätswirtschaft im Umbruch
- Mobilität für morgen
- Wasserwirtschaft im Wandel
- Abfallwirtschaft in der Verantwortung

Teilnahmegebühr 15,- € incl. Verpflegung (vegetarisches Essen)

Weitere Infos: Büro Dr. Reinhard Loske; Tel.: 030/227 71647; Fax: 030/227 76307;
<mailto:reinhard.loske.ma02@bundestag.de>

10.02.2004, Dortmund: Nachhaltigkeit in der Wirtschaft verankern

- Was hindert Unternehmen, ein Umweltmanagementsystem einzuführen?

- Wie können die Informationen praxisgerecht zur Verfügung gestellt werden?
- Wer ist in den Betrieben ansprechbar und für die Umsetzung verantwortlich?
- Welche Unterstützung benötigen insbesondere KMUs bei der Einführung?

Wer sich Gedanken macht, wie Nachhaltigkeit in der Wirtschaft verankert werden kann, stellt sich diese und andere Fragen. Antworten bringen soll die 3. Werkstatt „Nachhaltigkeit in der Wirtschaft verankern“ aus der Reihe „Nachhaltigkeitsforschung vom Kopf auf die Füße gestellt“, veranstaltet vom vub in Kooperation mit dem Sekretariat für Zukunftsforschung (SFZ) und dem Büro Karsten Lindhoff Kommunikation.

Als Anstoß für die moderierte Diskussion mit Erfahrungsaustausch der Teilnehmer/innen dienen die beiden Projekte „ÖKORADAR“ (Deutsches Kompetenzzentrum für nachhaltige Entwicklung (dknw) in Kooperation mit Modellunternehmen) und „NAWIGATOR“ (Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund (sfs)).

Nähere

Informationen:

<http://www.vub.umweltberatung.de>

10.02.2004, Berlin: Ausbau der Bioenergie – im Einklang mit dem Natur- und Umweltschutz?!

Um frühzeitig eine breite, gesellschaftliche Akzeptanz für die Bioenergie sicherzustellen, veranstalten der BBE und die FNR daher das Perspektivforum „Ausbau der Bioenergie – im Einklang mit dem Natur- und Umweltschutz?!“. Das Ziel der Veranstaltung ist es, die Vertreter der Bioenergiebranche sowie des Umwelt- und Naturschutzes zusammenzuführen und zu einer konstruktiven Diskussion anzuregen, um das Problembewusstsein aller Beteiligten zu schärfen und eine tragfähige und realistische Konzeptionierung eines verstärkten Ausbaus der

Bioenergie zu erarbeiten und umzusetzen.

Weitere Informationen unter:
http://www.bioenergie.de/downloads/faltblatt_bioenergie.pdf

10.- 12.02.2004, Essen: E-world energy & water

Auf der E-world - energy & water haben Sie die Gelegenheit, die internationale Energie- und Wasserwirtschaft an drei Tagen in Essen zu erleben. In den Messehallen 1 und 3 stellen internationale Unternehmen ihr Produkt- und Dienstleistungsangebot vor. Die technische und wirtschaftliche Entwicklung der Versorgungswirtschaft wird in den Congress Centern Süd und West von Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft in Kongressen und Workshops beleuchtet.

<http://www.e-world-2004.com>

13.- 14.02.2004, Berlin: Energiewende und Klimaschutz - neue Märkte, neue Technologien, neue Chancen

Das Bundesumweltministerium veranstaltet gemeinsam mit der Forschungsstelle für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin am 13. und 14. Februar 2004 eine Fachtagung zum Thema "Energiewende und Klimaschutz - neue Märkte, neue Technologien, neue Chancen". Ziel der Tagung ist es, über die Optionen für eine nachhaltige Energieversorgung 2020 zu diskutieren. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie man den Wandel zu einer nachhaltigen Energieversorgung gestalten kann. Welche Rolle werden dabei die erneuerbaren Energieträger spielen? Welche Zukunft haben im mittelfristigen Energie-Mix Kohle, Erdgas und Öl? Wie kann man die Energieeffizienz nachhaltig steigern? Eine Anmeldung ist bis spätestens 6. Februar 2004 per Mail unter <mailto:kbwanke1@zedat.fu-berlin.de> möglich.

01.- 05.03.2004, Kochel am See: "Klimakollaps und Klimapolitik national und global "

Heute wird nicht mehr bezweifelt: Wir sind Auslöser eines Klimawandels von dramatischer Geschwindigkeit. Temperaturanstieg, Wetterextreme, Anstieg des Meeresspiegels, Wüstenbildung und El Niño sind globale Zei-

chen. Wenn sich die Ozeane weiter erwärmen, drohen mehr und schwerere Hurrikane und Sturmfluten. Die komplexen Zusammenhänge, die vielfältigen Folgen und die Vermeidungsstrategien sind Themen dieses Seminars.

Themen: Treibhauseffekt: Ursachen und Folgen – Temperaturanstieg im Hochgebirge und die Folgen – internationale Verträge zur Minderung des Problems – angepasste Energie- und Verkehrspolitik – Reform der Landwirtschaft.

Wochenseminar; Teilnahmegebühr: 100 Euro

Georg-von-Vollmar-Akademie e.V., Am Aspensteinbichl 9-11, 82431 Kochel am See, Tel: 08851 - 780

<http://www.vollmar-akademie.de>

16.03.2004, Aachen: "Umsteuern durch Energiesteuern "

Die Veranstaltung findet in der Bischöflichen Akademie in Aachen mit Professor Dr. Reiner Kümmel und Dr. Reinhard Loske MdB statt.

Gegenstand der Veranstaltung ist die Suche nach den Ursachen für die ansteigende Arbeitslosigkeit sowie die Finanznot der öffentlichen Kassen und ihre Folgeprobleme.

Professor Dr. Reiner Kümmel (Fachgebiet theoretische Physik) wurde anlässlich eines Aufenthalts in Kolumbien auf das dort zu beobachtende groteske Missverhältnis zwischen hohem Wirtschaftswachstum auf der einen Seite und Verelendung der Massen auf der anderen Seite aufmerksam. Hierdurch angeregt, befasste er sich mit den theoretischen Grundlagen der Volkswirtschaft und dort speziell mit den ökonomischen Beziehungen zwischen den Produktionsfaktoren.

Beginn 18.30 Uhr; Kostenbeitrag 4 Euro (voraussichtlich)

Abendbrot um 18.00 Uhr und Übernachtung gegen Bezahlung bei gesonderter Voranmeldung möglich.

Anmeldung erbeten - Tel. 0241-4799629

01.- 03.04.2004, Berlin: 1st European Networks Conference on Sustainability in Practice

“The Conditions and Requirements for a New European Level of Capacity Building“

ENCOS 2004 – the 1st European Networks Conference in the field of environment and sustainable

development (SD) – focuses particularly on examples of “best practice” in Europe. The goal is to arrive at an inter- and transdisciplinary understanding of the latest developments in international research, education and practice on sustainability issues.

Contact: <mailto:info@ENCOS2004.net> or Kolleg für Management und Gestaltung nachhaltiger Entwicklung GmbH, Warschauer Str. 58a, 10243 Berlin, Phone: ++49 (0) 30 29 367 940

Information at <http://www.ENCOS2004.net>

22.- 23.04.2004, Martigny (Schweiz): Energie-Cités Konferenz

Kommen Sie um:

- Geeignete Finanzierungssysteme zu entwickeln
- Instrumente wie Konzessionsverträge oder die Übertragung öffentlicher Aufgaben zu optimieren
- Kommunalen und privatwirtschaftlichen Sachverstand effektiver zu bündeln
- Investoren (Private, Genossenschaften und gemischtwirtschaftliche Unternehmen) zu mobilisieren
- den Wettbewerb zwischen Unternehmen beim Kauf von Energie und Energiedienstleistungen erfolgreich zu gestalten
- Das Angebot an Gütern und Dienstleistungen durch eine umweltfreundliche öffentliche Beschaffung zu beeinflussen
- Vertreter der Öffentlichkeit, der Verbände und des Privatsektors zu den Themen Lokale Agenda 21, lokale Energieagentur oder einen Verkehrsentwicklungsplan zusammenzuführen

<http://www.energie-cites.org/conference/index.php/lang/de/>

01.- 04.06.2004, Bonn: Weltkonferenz für Erneuerbare Energien 2004

Die Konferenz wurde bereits von Bundeskanzler Gerhard Schröder auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung im September 2002 in Johannesburg angekündigt.

Fast zwei Mrd. Menschen haben keinen Zugang zu kommerzieller Energie, die meisten von ihnen leben in Entwicklungs- und Schwellenländern. "Um diesen Menschen Entwicklungschancen zu bieten, müssen sie Zugang zu kommerzieller Energie haben", erklärte die Ministerin das Ziel. Der Entwick-

lungsschritt zu erneuerbaren Energien bedeute auch, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen wie Erdöl zu verringern. "Das Konzept der erneuerbaren Energien ist auch eine Alternative zu Konzepten, die einseitig auf Erdöl setzen und zudem Fragen der Energieeffizienz vernachlässigen", so Wieczorek-Zeul.

Auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung im September 2002 in Johannesburg hat Bundeskanzler Schröder die Staatengemeinschaft zu einer Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien eingeladen und das Deutsche Bundesentwicklungsministerium hat angekündigt, im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit innerhalb von fünf Jahren (2003 bis 2007) eine Mrd. Euro für Energieprogramme einzusetzen. Davon sollte je eine Hälfte für Erneuerbare Energien und die zweite für Maßnahmen zur Energieeffizienz Verwendung finden.

<http://www.renewables2004.de>

25.06.2004, Berlin: Ecotaxes in Germany and the United Kingdom – a business view / Ökosteuer in Deutschland und Großbritannien aus Sicht der Wirtschaft

Green Budget Germany is planning a conference together with the Heinrich-Böll-Foundation on “Ecotaxes in Germany and the United Kingdom – a business view“. Main objectives of the conference are the comparison of the different features of the recently introduced eco tax/climate change levy in Germany and United Kingdom for the business sector, the communication of tax effects and the consideration of possible approaches for a better EU-wide coordination.

It will take place at the premises of the Heinrich-Böll-Foundation in Berlin on the 25th June 2004, 10.00-17.30.

Der Förderverein Ökologische Steuerreform e.V. plant gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung eine Konferenz zum Thema „Ökosteuer in Deutschland und Großbritannien – aus Sicht der Wirtschaft“. Ziel der Konferenz ist ein Vergleich der deutschen Ökosteuer und der englischen Climate Change Levy unter verschiedenen Gesichtspunkten, wie ihren Auswirkungen auf den Wirtschaftssektor, die Kommunikation der Steuereffekte und Möglichkeiten einer besseren EU-weiten Koordination.

Die Konferenz findet am 25.06.2004, 10.00 – 17.30 in den Räumen der Heinrich-Böll-Stiftung (Hackesche Höfe) in Berlin statt.

<mailto:foes@foes-ev.de>

09.-11.09.04, Pavia / Italy: Fifth Annual Global Conference on Environmental Taxation Issues, Experience and Potential

The Pavia 2004 conference is the fifth in a series of international meetings. Its aim is to collect a wide variety of experiences from different States of the

use of environmental taxes and charges and a scientific assessment of the environmental, economic and social impact of their introduction can be an important tool to face those barriers, which can be to an extent problems of fear of the unknown.

All the speakers and other participants who intend to present a contribution must send us their final title together with the Call for Paper Form before March, 15th, 2004.

For further information about the Conference visit the web site: <http://www.unipv.it/iuss/esasgia>

12. FÖS: IN EIGENER SACHE

Feedback zu den ÖkoSteuerNews

Im Folgenden haben wir Reaktionen auf unseren Newsletter zusammengefasst – Lob, Anregung und Dank, alles ist dabei. Wir freuen uns auch weiterhin über alle Reaktionen!

- Vielen Dank für all die tollen Infos und engagierte Arbeit!
- Dennoch bin ich der Meinung, weniger wäre mehr, denn diese Informationsflut kann ich gar nicht komplett lesen. Besser gefällt mir da ein anderer Rundbrief, den ich regelmäßig bekomme. Er kommt von der Organisation "Mehr Bahnen!", einem Verein, der sich für mehr und faireren Wettbewerb auf der Schiene einsetzt. Diese Rundbriefe sind wesentlich übersichtlicher und für mich wesentlich besser zu "verdauen".
- Bei dieser Gelegenheit mal ein herzliches Dankeschön für diesen hervorragenden Newsletter!
- Übrigens, an dieser Stelle will ich einen Dank an die Redaktion loswerden: Ich finde das "Blatt" ausgezeichnet und lese es regelmäßig.
- Sie können mir schicken, was Sie wollen, nur kurz sollte es sein, vielleicht die Sätze nicht ausformulieren, Stichwort reichen (für mich!!!) Danke, dass Sie sich solche Gedanken und Mühen machen, tun Sie das, was für Sie am schnellsten geht!!
- Ganz herzlichen Dank für Ihre ausgezeichnete Arbeit.
- Bei dieser Gelegenheit: vielen Dank für die vie-

len Informationen, Hinweise etc. Ich kann sie sehr gut in meinen Lehrveranstaltungen verwenden!

- Ich möchte hier ausdrücken, dass ich die ÖkoSteuerNews sehr informativ finde.
- Danke für die gute Arbeit und die soliden Argumentationshilfen!
- Eine Anregung zur Redaktion: Mir sind Ihre durchaus gut gegliederten Newsletter meistens zu lang. Es fiel mir leichter, häufiger kürzere Newsletter durchzusehen. Ich lasse sie oft lange im Posteingang stehen und öffne sie erst gar nicht, weil ich weiß, dass sie mich zu viel Zeit kosten werden. Halb lesen ist immer schlecht, weil man bald nicht mehr weiß, welche Teile man schon gelesen hatte. Also lieber öfter mal was Neues.
- Die ÖkoSteuerNews bekomme ich regelmäßig. Alles gut. TippTopp. I.O. Vielen Dank. Macht weiter so.
- Den neuen Rundbrief lese ich wieder mit großem Interesse. Mein besonderes Kompliment zum unkomplizierten Öffnen und Lesen der Beilagen. Wie oft scheitert man sonst an solchen E-Mail-Beilagen!
- Please accept my best wishes for your important work.

FÖS in Innsbruck – Anselm Görres hält Vortrag vor Cartellverband

Die Domestizierung der Marktwirtschaft steht im 21. Jahrhundert im Vordergrund. Produktionsfaktoren wie fruchtbarer Boden, Wasser und Luft stehen mehr oder weniger gratis zur Verfügung, wie auch deren Zerstörung gratis ist. Solange diese Zerstörung von Umweltfaktoren nichts kostet, wird es auch keine Kostenwahrheit geben.

Zu diesem Schluss kam die Enquete "Ökologische Steuerreform - Chancen und Risiken für Österreich", bei der die Referenten Dr. Anselm Görres, Förderverein Ökologische Steuerreform, Prof. DI

Dr. Heinrich Wohlmeyer, Universität für Bodenkultur Wien, und Dr. Harald Förster, "think tank" der österreichischen Bundesregierung, die Thematik näher erläuterten.

"Es braucht konservative Politiker in einem Land, die ein offenes Ohr für Ökosteuern als starkes Instrument zur Durchsetzung des Konzepts Ökosoziale Marktwirtschaft haben", meint Dr. Görres angesprochen auf eine eventuelle Zusammenarbeit auf Regierungsebene von ÖVP und Grünen, "Das Problem ist nur: Ökosteuern sind weder sexy noch cool und deswegen schwer zu verkaufen".



"Wer Ökosteuern ablehnt muss eine sehr harmlose Vorstellung vom Umfang des nötigen ökologischen Strukturwandels haben. Denn ohne dieses mächtige Instrument lässt sich der Kurs des Tankers nicht wesentlich beeinflussen", so Dr. Görres bei der Enquete des Vororts am 28.10.2003 in Innsbruck.

Konzeptvorschläge für ÖFR-Weiterentwicklung

Georg Riegel, Jöran Reske und ca. zwei weitere Teilnehmer der Mitgliederversammlung im März 2003 hatten sich vorgenommen, bis zur nächsten Versammlung Vorschläge zur Weiterentwicklung der grundsätzlichen Position des FÖS zu entwickeln. Diese Vorschläge sollen bei der nächsten Versammlung als Anregung präsentiert und diskutiert werden.

Georg Riegel musste vor Versammlungsende aufbrechen und das Aufschreiben der Interessentennamen ging dabei unter. Daher jetzt die Bitte an die besagten Mitsreiter, eine entsprechende 'Outing-eMail' an <mailto:georg.riegel@dezem.de> zu senden!

Herzlichen Glückwunsch, Frau Scheel!

Wie wir den Medien entnommen haben, hat unser Beiratsmitglied Christine Scheel kurz vor Weihnachten in der Nähe von Aschaffenburg geheiratet. Dazu von uns ganz herzliche Glückwünsche!

Haben Sie eine neue Adresse oder Email?

Bitte denken Sie daran, uns neue Post- oder eMail-Adressen gleich mitzuteilen. Das Nachforschen, wenn Post oder eMails zurückkommen, kostet uns viel Zeit und damit Geld. Außerdem können Sie so sicher sein, keine Ausgabe unseres Newsletters oder anderen wichtigen aktuellen Mitteilungen zu verpassen!

Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen?

Das freut uns! Dann haben wir eine Bitte an Sie: Spenden Sie oder werden Sie Mitglied bei uns! Wie Sie wissen, ist der FÖS unabhängig und überparteilich und daher auf Spenden angewiesen. Insbesondere diejenigen unter Ihnen, die dem Verein nicht angehören wollen, aber unsere Arbeit und unseren Publikationen schätzen, sollten prüfen, ob sie unsere Arbeit mit gelegentlichen Spenden unterstützen können. Wir wären Ihnen sehr dankbar! Unser Konto: GLS Gemeinschaftsbank eG; Nr. 8043713000; BLZ 430 609 67.

Noch mehr würden wir uns freuen, wenn Sie uns

als Mitglied unterstützten (Beitrag 60 € für Fördermitglieder, 200 € für Aktivmitglieder). Beitrittsformular: <http://www.foes-ev.de/9kontakt/index.html>.

Wie kann der Newsletter noch besser werden?

Bitte schicken Sie uns Ihre Anregungen, Kritik, Wünsche und gerne auch Literatur- oder Linkverweise, damit wir den Newsletter weiter verbessern können. Wenn Sie selbst einen Beitrag schreiben möchten, freuen wir uns sehr (<mailto:foes@foes-ev.de>).